Deutscher Bundestag
10. Wahlperiode

10/955

02. 02. 84

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau

A. Zielsetzung

Das am 17. Juli 1980 von der Bundesregierung bei der Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Kopenhagen unterzeichnete Übereinkommen hat die Beseitigung der Diskriminierung der Frau in allen Lebensbereichen in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht zum Ziel. Insoweit konkretisiert das Übereinkommen das bereits in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948, im Internationalen Pakt vom 19. Dezember 1966 über bürgerliche und politische Rechte, im Internationalen Pakt vom 19. Dezember 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, in der Europäischen Menschenrechtskonvention vom 4. November 1950, in der Europäischen Sozialcharta vom 28. Oktober 1961, im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und vielen Staatsverfassungen enthaltene Grundrecht der Gleichberechtigung von Mann und Frau.

B. Lösung

Das Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau enthält das Verbot aller Diskriminierungen von Frauen und Männern wegen des Geschlechts sowie die Verpflichtung der Vertragsstaaten, effektive Maßnahmen zum Abbau rechtlicher und tatsächlicher Ungleichheiten zu ergreifen.

Das Übereinkommen bedarf der Ratifikation. Mit dem vorliegenden Gesetz soll das Übereinkommen die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erlangen (Artikel 59 Abs. 2 des Grundgesetzes).

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Durch die Ausführung des Gesetzes werden Bund, Länder oder Gemeinden nicht unmittelbar mit Kosten belastet. Derartige Kosten können nur entstehen aus auf Grund des Übereinkommens ggf. eingeleiteten Maßnahmen, über die jeweils zu entscheiden ist.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (32) – 200 90 – Üb 3/84

Bonn, den 2. Februar 1984

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau mit Begründung (Anlage 1) und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau in englischer, französischer und deutscher Sprache, die Denkschrift zu dem Übereinkommen sowie eine Anlage zur Denkschrift sind gleichfalls beigefügt.

Federführend ist der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit.

Der Bundesrat hat in seiner 528. Sitzung am 28. Oktober 1983 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf, wie aus Anlage 2 ersichtlich, Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der als Anlage 3 beigefügten Gegenäußerung dargelegt.

Kohl

Anlage 1

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Kopenhagen am 17. Juli 1980 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau wird mit der Maßgabe zugestimmt, daß Artikel 7 Buchstabe b des Übereinkommens nicht angewandt wird, soweit Artikel 12 a Abs. 4 Satz 2 des Grundgesetzes entgegensteht. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Lande Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 27 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Beschränkung der Zustimmungsformel in bezug auf Artikel 7 Buchstabe b des Übereinkommens trägt dem Verbot des Waffendienstes für Frauen nach Artikel 12 a Abs. 4 Satz 2 des Grundgesetzes Rechnung; vgl. im übrigen die Ausführungen in der Denkschrift zu Artikel 7 des Übereinkommens.

Zu Artikel 2

Das Übereinkommen soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 3

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 27 Abs. 2 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau

Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Women

Convention sur l'élimination de toutes les formes de discrimination à l'égard des femmes

(Übersetzung)

The States Parties to the present Convention,

Noting that the Charter of the United Nations reaffirms faith in fundamental human rights, in the dignity and worth of the human person and in the equal rights of men and women,

Noting that the Universal Declaration of Human Rights [1]) affirms the principle of the inadmissibility of discrimination and proclaims that all human beings are born free and equal in dignity and rights and that everyone is entitled to all the rights and freedoms set forth therein, without distinction of any kind, including distinction based on sex,

Noting that the States Parties to the International Covenants on Human Rights [2]) have the obligation to ensure the equal right of men and women to enjoy all economic, social, cultural, civil and political rights,

Considering the international conventions concluded under the auspices of the United Nations and the specialized agencies promoting equality of rights of men and women,

Noting also the resolutions, declarations and recommendations adopted by the United Nations and the specialized agencies promoting equality of rights of men and women,

Concerned, however, that despite these various instruments extensive discrimination against women continues to exist,

[1]) General Assembly resolution 217 A (III).
[2]) General Assembly resolution 2200 A (XXI), annex.

Les Etats parties à la présente Convention,

Notant que la Charte des Nations Unies réaffirme la foi dans les droits fondamentaux de l'homme, dans la dignité et la valeur de la personne humaine et dans l'égalité des droits de l'homme et de la femme,

Notant que la Déclaration universelle des droits de l'homme [1]) affirme le principe de la non-discrimination et proclame que tous les êtres humains naissent libres et égaux en dignité et en droit et que chacun peut se prévaloir de tous les droits et de toutes les libertés qui y sont énoncés, sans distinction aucune, notamment de sexe,

Notant que les Etats parties aux Pactes internationaux relatifs aux droits de l'homme [2]) ont l'obligation d'assurer l'égalité des droits de l'homme et de la femme dans l'exercice de tous les droits économiques, sociaux, culturels, civils et politiques,

Considérant les conventions internationales conclues sous l'égide de l'Organisation des Nations Unies et des institutions spécialisées en vue de promouvoir l'égalité des droits de l'homme et de la femme,

Notant également les résolutions, déclarations et recommandations adoptées par l'Organisation des Nations Unies et les institutions spécialisées en vue de promouvoir l'égalité des droits de l'homme et de la femme,

Préoccupés toutefois de constater qu'en dépit de ces divers instruments les femmes continuent de faire l'objet d'importantes discriminations,

[1]) Résolution 217 A (III).
[2]) Résolution 2200 A (XXI), annexe.

Die Vertragsstaaten dieses Übereinkommens –

im Hinblick darauf, daß die Charta der Vereinten Nationen den Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit und an die Gleichberechtigung von Mann und Frau erneut bekräftigt;

im Hinblick darauf, daß die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte [1]) den Grundsatz der Unzulässigkeit der Diskriminierung bekräftigt und feierlich feststellt, daß alle Menschen frei und an Würde und Rechten gleich geboren sind und daß jeder ohne irgendeinen Unterschied, einschließlich eines Unterschieds aufgrund des Geschlechts, Anspruch hat auf alle in der genannten Erklärung aufgeführten Rechte und Freiheiten;

im Hinblick darauf, daß die Vertragsstaaten der Internationalen Menschenrechtspakte [2]) verpflichtet sind, die Gleichberechtigung von Mann und Frau bei der Ausübung aller wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerlichen und politischen Rechte sicherzustellen;

in Anbetracht der unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen und der Sonderorganisationen geschlossenen internationalen Übereinkommen zur Förderung der Gleichberechtigung von Mann und Frau;

im Hinblick ferner auf die Entschließungen, Erklärungen und Empfehlungen der Vereinten Nationen und der Sonderorganisationen zur Förderung der Gleichberechtigung von Mann und Frau;

jedoch besorgt darüber, daß die Frau trotz dieser verschiedenen Urkunden noch immer weitgehend diskriminiert wird;

[1]) Entschließung 217 A (III) der Generalversammlung.
[2]) Entschließung 2200 A (XXI) der Generalversammlung, Anlage.

Recalling that discrimination against women violates the principles of equality of rights and respect for human dignity, is an obstacle to the participation of women, on equal terms with men, in the political, social, economic and cultural life of their countries, hampers the growth of the prosperity of society and the family and makes more difficult the full development of the potentialities of women in the service of their countries and of humanity,

Rappelant que la discrimination à l'encontre des femmes viole les principes de l'égalité des droits et du respect de la dignité humaine, qu'elle entrave la participation des femmes, dans les mêmes conditions que les hommes, à la vie politique, sociale, économique et culturelle de leur pays, qu'elle fait obstacle à l'accroissement du bien-être de la société et de la famille et qu'elle empêche les femmes de servir leur pays et l'humanité dans toute la mesure de leurs possibilités,

unter Hinweis darauf, daß die Diskriminierung der Frau die Grundsätze der Gleichberechtigung und der Achtung der Menschenwürde verletzt, die Frauen daran hindert, unter den gleichen Voraussetzungen wie Männer am politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben ihres Landes teilzunehmen, das Wachstum des Wohlstands von Gesellschaft und Familie hemmt und der Frau die volle Entfaltung ihrer Fähigkeiten im Dienste ihres Landes und der Menschheit erschwert;

Concerned that in situations of poverty women have the least access to food, health, education, training and opportunities for employment and other needs,

Préoccupés par le fait que, dans les situations de pauvreté, les femmes ont un minimum d'accès à l'alimentation, aux services médicaux, à l'éducation, à la formation ainsi qu'aux possibilités d'emploi et à la satisfaction d'autres besoins,

besorgt darüber, daß dort, wo Armut herrscht, Frauen beim Zugang zu Nahrungsmitteln, Gesundheitseinrichtungen, Bildung, Ausbildung und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie bei der Befriedigung sonstiger Bedürfnisse am ehesten benachteiligt werden;

Convinced that the establishment of the new International economic order based on equity and justice will contribute significantly towards the promotion of equality between men and women,

Convaincus que l'instauration du nouvel ordre économique international fondé sur l'équité et la justice contribuera de façon significative à promouvoir l'égalité entre l'homme et la femme,

in der Überzeugung, daß die Errichtung der neuen Weltwirtschaftsordnung auf der Grundlage von Gleichheit und Gerechtigkeit wesentlich zur Förderung der Gleichberechtigung von Mann und Frau beitragen wird;

Emphasizing that the eradication of apartheid, of all forms of racism, racial discrimination, colonialism, neo-colonialism, aggression, foreign occupation and domination and interference in the internal affairs of States is essential to the full enjoyment of the rights of men and women,

Soulignant que l'élimination de l'apartheid, de toutes les formes de racisme, de discrimination raciale, de colonialisme, de néo-colonialisme, d'agression, d'occupation et domination étrangères et d'ingérence dans les affaires intérieures des Etats est indispensable à la pleine jouissance par l'homme et la femme de leurs droits,

nachdrücklich darauf hinweisend, daß die Beseitigung der Apartheid, jeder Form von Rassismus, Rassendiskriminierung, Kolonialismus, Neokolonialismus, Aggression, ausländischer Besetzung und Fremdherrschaft sowie von Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten für die volle Ausübung der Rechte von Mann und Frau unerläßlich ist;

Affirming that the strengthening of international peace and security, relaxation of international tension, mutual cooperation among all States irrespective of their social and economic systems, general and complete disarmament, and in particular nuclear disarmament under strict and effective international control, the affirmation of the principles of justice, equality and mutual benefit in relations among countries and the realization of the right of peoples under alien and colonial domination and foreign occupation to self-determination and independence, as well as respect for national sovereignty and territorial integrity, will promote social progress and development and as a consequence will contribute to the attainment of full equality between men and women,

Affirmant que le renforcement de la paix et de la sécurité internationales, le relâchement de la tension internationale, la coopération entre tous les Etats quels que soient leurs systèmes sociaux et économiques, le désarmement général et complet et, en particulier, le désarmement nucléaire sous contrôle international strict et efficace, l'affirmation des principes de la justice, de l'égalité et de l'avantage mutuel dans les relations entre pays et la réalisation du droit des peuples assujettis à une domination étrangère et coloniale et à une occupation étrangère à l'autodétermination et à l'indépendance, ainsi que le respect de la souveraineté nationale et de l'intégrité territoriale favoriseront le progrès social et le développement et contribueront par conséquent à la réalisation de la pleine égalité entre l'homme et la femme,

in Bekräftigung dessen, daß die Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, die internationale Entspannung, die Zusammenarbeit zwischen allen Staaten ungeachtet ihrer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung, die allgemeine und vollständige Abrüstung – insbesondere die nukleare Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle –, die Durchsetzung der Grundsätze der Gerechtigkeit, der Gleichberechtigung und des beiderseitigen Nutzens in den zwischenstaatlichen Beziehungen und die Verwirklichung des Rechts der unter Fremd- und Kolonialherrschaft sowie ausländischer Besetzung lebenden Völker auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit sowie die Achtung der nationalen Souveränität und der territorialen Unversehrtheit den sozialen Fortschritt und die soziale Entwicklung fördern und somit zur Verwirklichung der vollen Gleichberechtigung von Mann und Frau beitragen werden;

Convinced that the full and complete development of a country, the welfare of the world and the cause of peace require the maximum participation of women on equal terms with men in all fields,

Convaincus que le développement complet d'un pays, le bien-être du monde et la cause de la paix demandent la participation maximale des femmes, à égalité avec les hommes, dans tous les domaines,

überzeugt, daß die größtmögliche und gleichberechtigte Mitwirkung der Frau in allen Bereichen Voraussetzung für die vollständige Entwicklung eines Landes, für das Wohlergehen der Welt und für die Sache des Friedens ist;

Bearing in mind the great contribution of women to the welfare of the family and

Ayant à l'esprit l'importance de la contribution des femmes au bien-être de

eingedenk des bisher noch nicht voll anerkannten bedeutenden Beitrags der

to the development of society, so far not fully recognized, the social significance of maternity and the role of both parents in the family and in the upbringing of children, and aware that the role of women in procreation should not be a basis for discrimination but that the upbringing of children requires a sharing of responsibility between men and women and society as a whole,

Aware that a change in the traditional role of men as well as the role of women in society and in the family is needed to achieve full equality between men and women,

Determined to implement the principles set forth in the Declaration on the Elimination of Discrimination against Women and, for that purpose, to adopt the measures required for the elimination of such discrimination in all its forms and manifestations,

Have agreed on the following:

Part I

Article 1

For the purposes of the present Convention, the term "discrimination against women" shall mean any distinction, exclusion or restriction made on the basis of sex which has the effect or purpose of impairing or nullifying the recognition, enjoyment or exercise by women, irrespective of their marital status, on a basis of equality of men and women, of human rights and fundamental freedoms in the political, economic, social, cultural, civil or any other field.

Article 2

States Parties condemn discrimination against women in all its forms, agree to pursue by all appropriate means and without delay a policy of eliminating discrimination against women and, to this end, undertake:

(a) To embody the principle of the equality of men and women in their national constitutions or other appropriate legislation if not yet incorporated therein and to ensure, through law and other appropriate means, the practical realization of this principle;

(b) To adopt appropriate legislative and other measures, including sanctions where appropriate, prohibiting all discrimination against women;

la famille et au progrès de la société, qui jusqu'à présent n'a pas été pleinement reconnue, de l'importance sociale de la maternité et du rôle des parents dans la famille et dans l'éducation des enfants et conscients du fait que le rôle de la femme dans la procréation ne doit pas être une cause de discrimination et que l'éducation des enfants exige le partage des responsabilités entre les hommes, les femmes et la société dans son ensemble,

Conscients que le rôle traditionnel de l'homme dans la famille et dans la société doit évoluer autant que celui de la femme si on veut parvenir à une réelle égalité de l'homme et de la femme,

Résolus à mettre en œuvre les principes énoncés dans la Déclaration sur l'élimination de la discrimination à l'égard des femmes et, pour ce faire, à adopter les mesures nécessaires à la suppression de cette discrimination sous toutes ses formes et dans toutes ses manifestations,

Sont convenus de ce qui suit:

Première partie

Article premier

Aux fins de la présente Convention, l'expression «discrimination à l'égard des femmes» vise toute distinction, exclusion ou restriction fondée sur le sexe qui a pour effet ou pour but de compromettre ou de détruire la reconnaissance, la jouissance ou l'exercice par les femmes, quel que soit leur état matrimonial, sur la base de l'égalité de l'homme et de la femme, des droits de l'homme et des libertés fondamentales dans les domaines politique, économique, social, culturel et civil ou dans tout autre domaine.

Article 2

Les Etats parties condamnent la discrimination à l'égard des femmes sous toutes ses formes, conviennent de poursuivre par tous les moyens appropriés et sans retard une politique tendant à éliminer la discrimination à l'égard des femmes et, à cette fin, s'engagent à:

a) Inscrire dans leur constitution nationale ou toute autre disposition législative appropriée le principe de l'égalité des hommes et des femmes, si ce n'est déjà fait, et assurer par voie de législation ou par d'autres moyens appropriés l'application effective dudit principe;

b) Adopter des mesures législatives et d'autres mesures appropriées assorties, y compris des sanctions en cas de besoin, interdisant toute discrimination à l'égard des femmes;

Frau zum Wohlergehen der Familie und zur Entwicklung der Gesellschaft, der sozialen Bedeutung der Mutterschaft und der Rolle beider Elternteile in der Familie und bei der Kindererziehung sowie in dem Bewußtsein, daß die Rolle der Frau bei der Fortpflanzung kein Grund zur Diskriminierung sein darf und daß die Kindererziehung eine Aufgabe ist, in die sich Mann und Frau sowie die Gesellschaft insgesamt teilen müssen;

in dem Bewußtsein, daß sich die traditionelle Rolle des Mannes und die Rolle der Frau in der Gesellschaft und in der Familie wandeln müssen, wenn die volle Gleichberechtigung von Mann und Frau erreicht werden soll;

entschlossen, die in der Erklärung über die Beseitigung der Diskriminierung der Frau niedergelegten Grundsätze zu verwirklichen und zu diesem Zweck die zur Beseitigung jeder Form und Erscheinungsweise einer solchen Diskriminierung erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen –

sind wie folgt übereingekommen:

Teil I

Artikel 1

In diesem Übereinkommen bezeichnet der Ausdruck „Diskriminierung der Frau" jede mit dem Geschlecht begründete Unterscheidung, Ausschließung oder Beschränkung, die zur Folge oder zum Ziel hat, daß die auf die Gleichberechtigung von Mann und Frau gegründete Anerkennung, Inanspruchnahme oder Ausübung der Menschenrechte und Grundfreiheiten durch die Frau – ungeachtet ihres Familienstands – im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, staatsbürgerlichen oder jedem sonstigen Bereich beeinträchtigt oder vereitelt wird.

Artikel 2

Die Vertragsstaaten verurteilen jede Form von Diskriminierung der Frau; sie kommen überein, mit allen geeigneten Mitteln unverzüglich eine Politik zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau zu verfolgen, und verpflichten sich zu diesem Zweck,

a) den Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau in ihre Staatsverfassung oder in andere geeignete Rechtsvorschriften aufzunehmen, sofern sie dies noch nicht getan haben, und durch gesetzgeberische und sonstige Maßnahmen für die tatsächliche Verwirklichung dieses Grundsatzes zu sorgen;

b) durch geeignete gesetzgeberische und sonstige Maßnahmen, gegebenenfalls auch Sanktionen, jede Diskriminierung der Frau zu verbieten;

(c) To establish legal protection of the rights of women on an equal basis with men and to ensure through competent national tribunals and other public institutions the effective protection of women against any act of discrimination;

(d) To refrain from engaging in any act or practice of discrimination against women and to ensure that public authorities and institutions shall act in conformity with this obligation;

(e) To take all appropriate measures to eliminate discrimination against women by any person, organization or enterprise;

(f) To take all appropriate measures, including legislation, to modify or abolish existing laws, regulations, customs and practices which constitute discrimination against women;

(g) To repeal all national penal provisions which constitute discrimination against women.

Article 3

States Parties shall take in all fields, in particular in the political, social, economic and cultural fields, all appropriate measures, including legislation, to ensure the full development and advancement of women, for the purpose of guaranteeing them the exercise and enjoyment of human rights and fundamental freedoms on a basis of equality with men.

Article 4

1. Adoption by States Parties of temporary special measures aimed at accelerating de facto equality between men and women shall not be considered discrimination as defined in the present Convention, but shall in no way entail as a consequence the maintenance of unequal or separate standards; these measures shall be discontinued when the objectives of equality of opportunity and treatment have been achieved.

2. Adoption by States Parties of special measures, including those measures contained in the present Convention, aimed at protecting maternity shall not be considered discriminatory.

Article 5

States Parties shall take all appropriate measures:

(a) To modify the social and cultural patterns of conduct of men and women,

c) Instaurer une protection juridictionnelle des droits des femmes sur un pied d'égalité avec les hommes et garantir, par le truchement des tribunaux nationaux compétents et d'autres institutions publiques, la protection effective des femmes contre tout acte discriminatoire;

d) S'abstenir de tout acte ou pratique discriminatoire à l'égard des femmes et faire en sorte que les autorités publiques et les institutions publiques se conforment à cette obligation;

e) Prendre toutes mesures appropriées pour éliminer la discrimination pratiquée à l'égard des femmes par une personne, une organisation ou une entreprise quelconque;

f) Prendre toutes les mesures appropriées, y compris des dispositions législatives, pour modifier ou abroger toute loi, disposition réglementaire, coutume ou pratique qui constitue une discrimination à l'égard des femmes;

g) Abroger toutes les dispositions pénales qui constituent une discrimination à l'égard des femmes.

Article 3

Les Etats parties prennent dans tous les domaines, notamment dans les domaines politique, social, économique et culturel, toutes les mesures appropriées, y compris des dispositions législatives, pour assurer le plein développement et le progrès des femmes, en vue de leur garantir l'exercice et la jouissance des droits de l'homme et des libertés fondamentales sur la base de l'égalité avec les hommes.

Article 4

1. L'adoption par les Etats parties de mesures temporaires spéciales visant à accélérer l'instauration d'une égalité de fait entre les hommes et les femmes n'est pas considérée comme un acte de discrimination tel qu'il est défini dans la présente Convention, mais ne doit en aucune façon avoir pour conséquence le maintien de normes inégales ou distinctes; ces mesures doivent être abrogées dès que les objectifs en matière d'égalité de chances et de traitement ont été atteints.

2. L'adoption par les Etats parties de mesures spéciales, y compris de mesures prévues dans la présente Convention, qui visent à protéger la maternité n'est pas considérée comme un acte discriminatoire.

Article 5

Les Etats parties prennent toutes les mesures appropriées pour:

a) Modifier les schémas et modèles de comportement socioculturel de

c) den gesetzlichen Schutz der Rechte der Frau auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit dem Mann zu gewährleisten und die Frau durch die zuständigen nationalen Gerichte und sonstigen öffentlichen Einrichtungen wirksam vor jeder diskriminierenden Handlung zu schützen;

d) Handlungen oder Praktiken zu unterlassen, welche die Frau diskriminieren, und dafür zu sorgen, daß alle staatlichen Behörden und öffentlichen Einrichtungen im Einklang mit dieser Verpflichtung handeln;

e) alle geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau durch Personen, Organisationen oder Unternehmen zu ergreifen;

f) alle geeigneten Maßnahmen einschließlich gesetzgeberischer Maßnahmen zur Änderung oder Aufhebung aller bestehenden Gesetze, Verordnungen, Gepflogenheiten und Praktiken zu treffen, die eine Diskriminierung der Frau darstellen;

g) alle innerstaatlichen strafrechtlichen Vorschriften aufzuheben, die eine Diskriminierung der Frau darstellen.

Artikel 3

Die Vertragsstaaten treffen auf allen Gebieten, insbesondere auf politischem, sozialem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet, alle geeigneten Maßnahmen einschließlich gesetzgeberischer Maßnahmen zur Sicherung der vollen Entfaltung und Förderung der Frau, damit gewährleistet wird, daß sie die Menschenrechte und Grundfreiheiten gleichberechtigt mit dem Mann ausüben und genießen kann.

Artikel 4

(1) Zeitweilige Sondermaßnahmen der Vertragsstaaten zur beschleunigten Herbeiführung der De-facto-Gleichberechtigung von Mann und Frau gelten nicht als Diskriminierung im Sinne dieses Übereinkommens, dürfen aber keinesfalls die Beibehaltung ungleicher oder gesonderter Maßstäbe zur Folge haben; diese Maßnahmen sind aufzuheben, sobald die Ziele der Chancengleichheit und Gleichbehandlung erreicht sind.

(2) Sondermaßnahmen der Vertragsstaaten – einschließlich der in diesem Übereinkommen genannten Maßnahmen – zum Schutz der Mutterschaft gelten nicht als Diskriminierung.

Artikel 5

Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen,

a) um einen Wandel in den sozialen und kulturellen Verhaltensmustern von

with a view to achieving the elimination of prejudices and customary and all other practices which are based on the idea of the inferiority or the superiority of either of the sexes or on stereotyped roles for men and women;

(b) To ensure that family education includes a proper understanding of maternity as a social function and the recognition of the common responsibility of men and women in the upbringing and development of their children, it being understood that the interest of the children is the primordial consideration in all cases.

Article 6

States Parties shall take all appropriate measures, including legislation, to suppress all forms of traffic in women and exploitation of prostitution of women.

Part II

Article 7

States Parties shall take all appropriate measures to eliminate discrimination against women in the political and public life of the country and, in particular, shall ensure to women, on equal terms with men, the right:

(a) To vote in all elections and public referenda and to be eligible for election to all publicly elected bodies;

(b) To participate in the formulation of government policy and the implementation thereof and to hold public office and perform all public functions at all levels of government;

(c) To participate in non-governmental organizations and associations concerned with the public and political life of the country.

Article 8

States Parties shall take all appropriate measures to ensure to women, on equal terms with men and without any discrimination, the opportunity to represent their Governments at the international level and to participate in the work of international organizations.

Article 9

1. States Parties shall grant women equal rights with men to acquire, change or retain their nationality. They shall ensure in particular that neither marriage to an alien nor change of nationality by

l'homme et de la femme en vue de parvenir à l'élimination des préjugés et des pratiques coutumières, ou de tout autre type, qui sont fondés sur l'idée de l'infériorité ou de la supériorité de l'un ou l'autre sexe ou d'un rôle stéréotypé des hommes et des femmes;

b) Faire en sorte que l'éducation familiale contribue à faire bien comprendre que la maternité est une fonction sociale et à faire reconnaître la responsabilité commune de l'homme et de la femme dans le soin d'élever leurs enfants et d'assurer leur développement, étant entendu que l'intérêt des enfants est la condition primordiale dans tous les cas.

Article 6

Les Etats parties prennent toutes les mesures appropriées, y compris des dispositions législatives, pour supprimer, sous toutes leurs formes, le trafic des femmes et l'exploitation de la prostitution des femmes.

Deuxième partie

Article 7

Les Etats parties prennent toutes les mesures appropriées pour éliminer la discrimination à l'égard des femmes dans la vie politique et publique du pays et, en particulier, leur assurent, dans des conditions d'égalité avec les hommes, le droit:

a) De voter à toutes les élections et dans tous les référendums publics et être éligibles à tous les organismes publiquement élus;

b) De prendre part à l'élaboration de la politique de l'Etat et à son exécution, occuper des emplois publics et exercer toutes les fonctions publiques à tous les échelons du gouvernement;

c) De participer aux organisations et associations non gouvernementales s'occupant de la vie publique et politique du pays.

Article 8

Les Etats parties prennent toutes les mesures appropriées pour que les femmes, dans des conditions d'égalité avec les hommes et sans aucune discrimination, aient la possibilité de représenter leur gouvernement à l'échelon international et de participer aux travaux des organisations internationales.

Article 9

1. Les Etats parties accordent aux femmes des droits égaux à ceux des hommes en ce qui concerne l'acquisition, le changement et la conservation de la nationalité. Ils garantissent en particulier que ni le

Mann und Frau zu bewirken, um so zur Beseitigung von Vorurteilen sowie von herkömmlichen und allen sonstigen auf der Vorstellung von der Unterlegenheit oder Überlegenheit des einen oder anderen Geschlechts oder der stereotypen Rollenverteilung von Mann und Frau beruhenden Praktiken zu gelangen;

b) um sicherzustellen, daß die Erziehung in der Familie zu einem richtigen Verständnis der Mutterschaft als einer sozialen Aufgabe und zur Anerkennung der gemeinsamen Verantwortung von Mann und Frau für die Erziehung und Entwicklung ihrer Kinder beiträgt, wobei davon ausgegangen wird, daß das Interesse der Kinder in allen Fällen vorrangig zu berücksichtigen ist.

Artikel 6

Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen einschließlich gesetzgeberischer Maßnahmen zur Abschaffung jeder Form des Frauenhandels und der Ausbeutung der Prostitution von Frauen.

Teil II

Artikel 7

Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau im politischen und öffentlichen Leben ihres Landes und gewährleisten insbesondere allen Frauen in gleicher Weise wie den Männern

a) das Stimmrecht bei allen Wahlen und Volksabstimmungen sowie das passive Wahlrecht für alle öffentlich gewählten Gremien;

b) das Recht auf Mitwirkung an der Ausarbeitung der Regierungspolitik und deren Durchführung sowie auf Bekleidung öffentlicher Ämter und auf Wahrnehmung aller öffentlichen Aufgaben auf allen Ebenen staatlicher Tätigkeit;

c) das Recht auf Mitarbeit in nichtstaatlichen Organisationen und Vereinigungen, die sich mit dem öffentlichen und politischen Leben ihres Landes befassen.

Artikel 8

Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, daß Frauen unter den gleichen Bedingungen wie Männer und ohne Diskriminierung die Möglichkeit haben, ihre Regierung auf internationaler Ebene zu vertreten und an der Arbeit internationaler Organisationen mitzuwirken.

Artikel 9

(1) Die Vertragsstaaten gewähren Frauen die gleichen Rechte wie Männern hinsichtlich des Erwerbs, des Wechsels oder der Beibehaltung der Staatsangehörigkeit. Insbesondere stellen die Ver-

the husband during marriage shall automatically change the nationality of the wife, render her stateless or force upon her the nationality of the husband.

2. States Parties shall grant women equal rights with men with respect to the nationality of their children.

mariage avec un étranger, ni le changement de nationalité du mari pendant le mariage ne change automatiquement la nationalité de la femme, ni ne la rend apatride, ni ne l'oblige à prendre la nationalité de son mari.

2. Les Etats parties accordent à la femme des droits égaux à ceux de l'homme en ce qui concerne la nationalité de leurs enfants.

tragsstaaten sicher, daß weder durch Eheschließung mit einem Ausländer noch durch Wechsel der Staatsangehörigkeit des Ehemanns im Laufe der Ehe ohne weiteres sich die Staatsangehörigkeit der Frau ändert, diese staatenlos wird oder ihr die Staatsangehörigkeit ihres Mannes aufgezwungen wird.

(2) Die Vertragsstaaten gewähren Frauen die gleichen Rechte wie Männern im Hinblick auf die Staatsangehörigkeit ihrer Kinder.

Part III

Article 10

States Parties shall take all appropriate measures to eliminate discrimination against women in order to ensure to them equal rights with men in the field of education and in particular to ensure, on a basis of equality of men and women:

(a) The same conditions for career and vocational guidance, for access to studies and for the achievement of diplomas in educational establishments of all categories in rural as well as in urban areas; this equality shall be ensured in pre-school, general, technical, professional and higher technical education, as well as in all types of vocational training;

(b) Access to the same curricula, the same examinations, teaching staff with qualifications of the same standard and school premises and equipment of the same quality;

(c) The elimination of any stereotyped concept of the roles of men and women at all levels and in all forms of education by encouraging coeducation and other types of education which will help to achieve this aim and, in particular, by the revision of textbooks and school programmes and the adaptation of teaching methods;

(d) The same opportunities to benefit from scholarships and other study grants;

(e) The same opportunities for access to programmes of continuing education, including adult and functional literacy programmes, particularly those aimed at reducing, at the earliest possible time, any gap in education existing between men and women;

(f) The reduction of female student drop-out rates and the organization of programmes for girls and women who have left school prematurely;

Troisième partie

Article 10

Les Etats parties prennent toutes les mesures appropriées pour éliminer la discrimination à l'égard des femmes afin de leur assurer des droits égaux à ceux des hommes en ce qui concerne l'éducation et, en particulier, pour assurer, sur la base de l'égalité de l'homme et de la femme:

a) Les mêmes conditions d'orientation professionnelle, d'accès aux études et d'obtention de diplômes dans les établissements d'enseignement de toutes catégories, dans les zones rurales comme dans les zones urbaines, cette égalité devant être assurée dans l'enseignement préscolaire, général, technique, professionnel et technique supérieur, ainsi que dans tout autre moyen de formation professionnelle;

b) L'accès aux mêmes programmes, aux mêmes examens, à un personnel enseignant possédant les qualifications de même ordre, à des locaux scolaires et à un équipement de même qualité;

c) L'élimination de toute conception stéréotypée des rôles de l'homme et de la femme à tous les niveaux et dans toutes les formes d'enseignement en encourageant l'éducation mixte et d'autres types d'éducation qui aideront à réaliser cet objectif et, en particulier, en révisant les livres et programmes scolaires et en adaptant les méthodes pédagogiques;

d) Les mêmes possibilités en ce qui concerne l'octroi de bourses et autres subventions pour les études;

e) Les mêmes possibilités d'accès aux programmes d'éducation permanente, y compris aux programmes d'alphabétisation pour adultes et d'alphabétisation fonctionnelle, en vue notamment de réduire au plus tôt tout écart d'instruction existant entre les hommes et les femmes;

f) La réduction des taux d'abandon féminin des études et l'organisation de programmes pour les filles et les femmes qui ont quitté l'école prématurément;

Teil III

Artikel 10

Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau, um ihr im Bildungsbereich die gleichen Rechte wie dem Mann zu gewährleisten und auf der Grundlage der Gleichberechtigung von Mann und Frau insbesondere folgendes sicherzustellen:

a) gleiche Bedingungen bei der Berufsberatung, bei der Zulassung zum Unterricht und beim Erwerb von Zeugnissen an Bildungseinrichtungen jeder Art sowohl in ländlichen als auch in städtischen Gebieten; diese Gleichberechtigung gilt im Hinblick auf Vorschulen, allgemeinbildende Schulen, Fachschulen, allgemeine und technische Bildungseinrichtungen im tertiären Bereich sowie für jede Art der Berufsausbildung;

b) Zulassung zu denselben Bildungsprogrammen und Prüfungen sowie Lehrkräften mit gleichwertigen Qualifikationen und zu Schulanlagen und Schulausstattungen derselben Qualität;

c) Beseitigung jeder stereotypen Auffassung in bezug auf die Rolle von Mann und Frau auf allen Bildungsebenen und in allen Unterrichtsformen durch Förderung der Koedukation und sonstiger Erziehungsformen, die zur Erreichung dieses Zieles beitragen, insbesondere auch durch Überarbeitung von Lehrbüchern und Lehrplänen und durch Anpassung der Lehrmethoden;

d) Chancengleichheit bei der Erlangung von Stipendien und sonstigen Ausbildungsbeihilfen;

e) gleiche Möglichkeiten des Zugangs zu Weiterbildungsprogrammen, darunter Programme für erwachsene Analphabeten und zur funktionellen Alphabetisierung, insbesondere zur möglichst baldigen Verringerung jeden Bildungsgefälles zwischen Mann und Frau;

f) Verringerung des Prozentsatzes von Frauen, die ihre Ausbildung abbrechen, sowie Veranstaltung von Programmen für Mädchen und Frauen, die vorzeitig von der Schule abgegangen sind;

(g) The same opportunities to participate actively in sports and physical education;

(h) Access to specific educational information to help to ensure the health and well-being of families, including information and advice on family planning.

g) Les mêmes possibilités de participer activement aux sports et à l'éducation physique;

h) L'accès à des renseignements spécifiques d'ordre éducatif tendant à assurer la santé et le bien-être des familles, y compris l'information et des conseils relatifs à la planification de la famille.

g) gleiche Möglichkeiten zur aktiven Teilnahme an Sport und Leibesübungen;

h) Zugang zu spezifischen Bildungsinformationen, die zur Gesunderhaltung und zum Wohlergehen der Familie beitragen, einschließlich Aufklärung und Beratung in bezug auf die Familienplanung.

Article 11

1. States Parties shall take all appropriate measures to eliminate discrimination against women in the field of employment in order to ensure, on a basis of equality of men and women, the same rights, in particular:

(a) The right to work as an inalienable right of all human beings;

(b) The right to the same employment opportunities, including the application of the same criteria for selection in matters of employment;

(c) The right to free choice of profession and employment, the right to promotion, job security and all benefits and conditions of service and the right to receive vocational training and retraining, including apprenticeships, advanced vocational training and recurrent training;

(d) The right to equal remuneration, including benefits, and to equal treatment in respect of work of equal value, as well as equality of treatment in the evaluation of the quality of work;

(e) The right to social security, particularly in cases of retirement, unemployment, sickness, invalidity and old age and other incapacity to work, as well as the right to paid leave;

(f) The right to protection of health and to safety in working conditions, including the safeguarding of the function of reproduction.

2. In order to prevent discrimination against women on the grounds of marriage or maternity and to ensure their effective right to work, States Parties shall take appropriate measures:

(a) To prohibit, subject to the imposition of sanctions, dismissal on the grounds of pregnancy or of maternity leave and discrimination in dismissals on the basis of marital status;

(b) To introduce maternity leave with pay or with comparable social benefits without loss of former employment, seniority or social allowances;

Article 11

1. Les Etats parties s'engagent à prendre toutes les mesures appropriées pour éliminer la discrimination à l'égard des femmes dans le domaine de l'emploi, afin d'assurer, sur la base de l'égalité de l'homme et de la femme, les mêmes droits, et en particulier:

a) Le droit au travail en tant que droit inaliénable de tous les êtres humains;

b) Le droit aux mêmes possibilités d'emploi, y compris l'application des mêmes critères de sélection en matière d'emploi;

c) Le droit au libre choix de la profession et de l'emploi, le droit à la promotion, à la stabilité de l'emploi et à toutes les prestations et conditions de travail, le droit à la formation professionnelle et au recyclage, y compris l'apprentissage, le perfectionnement professionnel et la formation permanente;

d) Le droit à l'égalité de rémunération, y compris de prestation, à l'égalité de traitement pour un travail d'égale valeur aussi bien qu'à l'égalité de traitement en ce qui concerne l'évaluation de la qualité du travail;

e) Le droit à le sécurité sociale, notamment aux prestations de retraite, de chômage, de maladie, d'invalidité et de vieillesse ou pour toute autre perte de capacité de travail, ainsi que le droit à des congés payés;

f) Le droit à la protection de la santé et à la sécurité des conditions de travail, y compris la sauvegarde de la fonction de reproduction.

2. Afin de prévenir la discrimination à l'égard des femmes en raison de leur mariage ou de leur maternité et de garantir leur droit effectif au travail, les Etats parties s'engagent à prendre des mesures appropriées ayant pour objet:

a) D'interdire, sous peine de sanctions, le licenciement pour cause de grossesse ou de congé de maternité et la discrimination dans les licenciements fondée sur le statut matrimonial;

b) D'instituer l'octroi de congés de maternité payés ou ouvrant droit à des prestations sociales comparables, avec la garantie du maintien de l'emploi antérieur, des droits d'ancienneté et des avantages sociaux;

Artikel 11

(1) Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau im Berufsleben, um ihr auf der Grundlage der Gleichberechtigung von Mann und Frau gleiche Rechte zu gewährleisten, insbesondere

a) das Recht auf Arbeit als unveräußerliches Recht jedes Menschen;

b) das Recht auf dieselben Arbeitsmöglichkeiten einschließlich der Anwendung derselben Auswahlkriterien bei der Einstellung;

c) das Recht auf freie Berufswahl und freie Wahl des Arbeitsplatzes, das Recht auf beruflichen Aufstieg, Arbeitsplatzsicherheit und alle Leistungen und Arbeitsbedingungen sowie das Recht auf Berufsausbildung und Umschulung, einschließlich einer Lehre, der Berufsfortbildung und der ständigen Weiterbildung;

d) das Recht auf gleiches Entgelt, einschließlich sonstiger Leistungen, und auf Gleichbehandlung bei gleichwertiger Arbeit sowie Gleichbehandlung bei der Bewertung der Arbeitsqualität;

e) das Recht auf soziale Sicherheit, insbesondere auf Leistungen bei Eintritt in den Ruhestand, bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität und im Alter oder bei sonstiger Arbeitsunfähigkeit sowie das Recht auf bezahlten Urlaub;

f) das Recht auf Schutz der Gesundheit und auf Sicherheit am Arbeitsplatz, einschließlich des Schutzes der Fortpflanzungsfähigkeit.

(2) Um eine Diskriminierung der Frau wegen Eheschließung oder Mutterschaft zu verhindern und ihr ein wirksames Recht auf Arbeit zu gewährleisten, treffen die Vertragsstaaten geeignete Maßnahmen

a) zum – mit der Androhung von Sanktionen verbundenen – Verbot der Entlassung wegen Schwangerschaft oder Mutterschaftsurlaubs sowie der Diskriminierung aufgrund des Familienstands bei Entlassungen;

b) zur Einführung des bezahlten oder mit vergleichbaren sozialen Vorteilen verbundenen Mutterschaftsurlaubs ohne Verlust des bisherigen Arbeitsplatzes, des Dienstalters oder sozialer Zulagen;

(c) To encourage the provision of the necessary supporting social services to enable parents to combine family obligations with work responsibilities and participation in public life, in particular through promoting the establishment and development of a network of child-care facilities;

c) D'encourager la fourniture des services sociaux d'appui nécessaires pour permettre aux parents de combiner les obligations familiales avec les responsabilités professionnelles et la participation à la vie publique, en particulier en favorisant l'établissement et le développement d'un réseau de garderies d'enfants;

c) zur Förderung der Bereitstellung der erforderlichen unterstützenden Sozialdienste, die es Eltern ermöglichen, ihre Familienpflichten mit ihren beruflichen Aufgaben und mit der Teilnahme am öffentlichen Leben zu vereinbaren, insbesondere durch Förderung der Errichtung und des Ausbaus eines Netzes von Einrichtungen zur Kinderbetreuung;

(d) To provide special protection to women during pregnancy in types of work proved to be harmful to them.

d) D'assurer une protection spéciale aux femmes enceintes dont il est prouvé que le travail est nocif.

d) zur Gewährung besonderen Schutzes für Frauen während der Schwangerschaft bei Beschäftigungsarten, die sich als schädlich für Schwangere erwiesen haben.

3. Protective legislation relating to matters covered in this article shall be reviewed periodically in the light of scientific and technological knowledge and shall be revised, repealed or extended as necessary.

3. Les lois visant à protéger les femmes dans les domaines visés par le présent article seront revues périodiquement en fonction des connaissances scientifiques et techniques et seront révisées, abrogées ou étendues, selon les besoins.

(3) Die Gesetze zum Schutz der Frau in den in diesem Artikel genannten Bereichen werden in regelmäßigen Abständen anhand der wissenschaftlichen und technischen Erkenntnisse überprüft und erforderlichenfalls geändert, aufgehoben oder erweitert.

Article 12

1. States Parties shall take all appropriate measures to eliminate discrimination against women in the field of health care in order to ensure, on a basis of equality of men and women, access to health care services, including those related to family planning.

Article 12

1. Les Etats parties prennent toutes les mesures appropriées pour éliminer la discrimination à l'égard des femmes dans le domaine des soins de santé en vue de leur assurer, sur la base de l'égalité de l'homme et de la femme, les moyens d'accéder aux services médiaux, y compris ceux qui concernent la planification de la famille.

Artikel 12

(1) Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau im Bereich des Gesundheitswesens, um der Frau gleichberechtigt mit dem Mann Zugang zu den Gesundheitsdiensten, einschließlich derjenigen im Zusammenhang mit der Familienplanung, zu gewährleisten.

2. Notwithstanding the provisions of paragraph 1 of this article, States Parties shall ensure to women appropriate services in connexion with pregnancy, confinement and the post-natal period, granting free services where necessary, as well as adequate nutrition during pregnancy and lactation.

2. Nonobstant les dispositions du paragraphe 1 ci-dessus, les Etats parties fournissent aux femmes pendant la grossesse, pendant l'accouchement et après l'accouchement, des services appropriés et, au besoin, gratuits, ainsi qu'une nutrition adéquate pendant la grossesse et l'allaitement.

(2) Unbeschadet des Absatzes 1 sorgen die Vertragsstaaten für angemessene und erforderlichenfalls unentgeltliche Betreuung der Frau während der Schwangerschaft sowie während und nach der Entbindung und für eine ausreichende Ernährung während der Schwangerschaft und der Stillzeit.

Article 13

States Parties shall take all appropriate measures to eliminate discrimination against women in other areas of economic and social life in order to ensure, on a basis of equality of men and women, the same rights, in particular:

Article 13

Les Etats parties s'engagent à prendre toutes les mesures appropriées pour éliminer la discrimination à l'égard des femmes dans d'autres domaines de la vie économique et sociale, afin d'assurer, sur la base de l'égalité de l'homme et de la femme, les mêmes droits et, en particulier:

Artikel 13

Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau in anderen Bereichen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens, um der Frau nach dem Gleichheitsgrundsatz die gleichen Rechte wie dem Mann zu gewährleisten, insbesondere

(a) The right to family benefits;

a) Le droit aux prestations familiales;

a) das Recht auf Familienbeihilfen;

(b) The right to bank loans, mortgages and other forms of financial credit;

b) Le droit aux prêts bancaires, prêts hypothécaires et autres formes de crédit financier;

b) das Recht, Bankdarlehen, Hypotheken und andere Finanzkredite aufzunehmen;

(c) The right to participate in recreational activities, sports and all aspects of cultural life.

c) Le droit de participer aux activités récréatives, aux sports et à tous les aspects de la vie culturelle.

c) das Recht auf Teilnahme an Freizeitbeschäftigungen, Sport und allen Aspekten des kulturellen Lebens.

Article 14

1. States Parties shall take into account the particular problems faced by rural women and the significant roles which rural women play in the economic survival of their families, including their work in the non-monetized sectors of the economy, and shall take all appropriate measures to

Article 14

1. Les Etats parties tiennent compte des problèmes particuliers qui se posent aux femmes rurales et du rôle important que ces femmes jouent dans la survie économique de leurs familles, notamment par leur travail dans les secteurs non monétaires de l'économie, et prennent

Artikel 14

(1) Die Vertragsstaaten berücksichtigen die besonderen Probleme der Frauen auf dem Lande und die wichtige Rolle dieser Frauen für das wirtschaftliche Überleben ihrer Familien, einschließlich ihrer Arbeit in nichtmonetären Wirtschaftsbereichen, und treffen alle geeigneten Maß-

ensure the application of the provisions of this Convention to women in rural areas.

2. States Parties shall take all appropriate measures to eliminate discrimination against women in rural areas in order to ensure, on a basis of equality of men and women, that they participate in and benefit from rural development and, in particular, shall ensure to such women the right:

(a) To participate in the elaboration and implementation of development planning at all levels;

(b) To have access to adequate health care facilities, including information, counselling and services in family planning;

(c) To benefit directly from social security programmes;

(d) To obtain all types of training and education, formal and non-formal, including that relating to functional literacy, as well as, inter alia, the benefit of all community and extension services, in order to increase their technical proficiency;

(e) To organize self-help groups and co-operatives in order to obtain equal access to economic opportunities through employment or self-employment;

(f) To participate in all community activities;

(g) To have access to agricultural credit and loans, marketing facilities, appropriate technology and equal treatment in land and agrarian reform as well as in land resettlement schemes;

(h) To enjoy adequate living conditions, particularly in relation to housing, sanitation, electricity and water supply, transport and communications.

toutes les mesures appropriées pour assurer l'application des dispositions de la présente Convention aux femmes des zones rurales.

2. Les Etats parties prennent toutes les mesures appropriées pour éliminer la discrimination à l'égard des femmes dans les zones rurales afin d'assurer, sur la base de l'égalité de l'homme et de la femme, leur participation au développement rural et à ses avantages et, en particulier, ils leur assurent le droit:

a) De participer pleinement à l'élaboration et à l'exécution des plans de développement à tous les échelons;

b) D'avoir accès aux services adéquats dans le domaine de la santé, y compris aux informations, conseils et services en matière de planification de la famille;

c) De bénéficier directement des programmes de sécurité sociale;

d) De recevoir tout type de formation et d'éducation, scolaires ou non, y compris en matière d'alphabétisation fonctionnelle, et de pouvoir bénéficier de tous les services communautaires et de vulgarisation, notamment pour accroître leurs compétences techniques;

e) D'organiser des groupes d'entraide et des coopératives afin de permettre l'égalité de chances sur le plan économique, qu'il s'agisse de travail salarié ou de travail indépendant;

f) De participer à toutes les activités de la communauté;

g) D'avoir accès au crédit et aux prêts agricoles, ainsi qu'aux services de commercialisation et aux technologies appropriées, et de recevoir un traitement égal dans les réformes foncières et agraires et dans les projets d'aménagement rural;

h) De bénéficier de conditions de vie convenables, notamment en ce qui concerne le logement, l'assainissement, l'approvisionnement en électricité et en eau, les transports et les communications.

nahmen, um dafür zu sorgen, daß die Bestimmungen dieses Übereinkommens auch auf Frauen in ländlichen Gebieten Anwendung finden.

(2) Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau in ländlichen Gebieten, um dafür zu sorgen, daß sie gleichberechtigt mit dem Mann an der ländlichen Entwicklung und an den sich daraus ergebenden Vorteilen teilhaben kann, und gewährleisten ihr insbesondere das Recht auf

a) Mitwirkung – auf allen Ebenen – an der Aufstellung und Durchführung von Entwicklungsplänen;

b) Zugang zu angemessenen Gesundheitsdiensten, einschließlich Aufklärungs- und Beratungsdiensten und sonstigen Einrichtungen auf dem Gebiet der Familienplanung;

c) unmittelbare Leistungen aus Programmen der sozialen Sicherheit;

d) schulische und außerschulische Ausbildung und Bildung jeder Art, einschließlich funktioneller Alphabetisierung, sowie die Nutzung aller Gemeinschafts- und Volksbildungseinrichtungen, insbesondere zur Erweiterung ihres Fachwissens;

e) Organisierung von Selbsthilfegruppen und Genossenschaften zur Erlangung wirtschaftlicher Chancengleichheit durch selbständige oder unselbständige Arbeit;

f) Teilnahme an allen Gemeinschaftsbetätigungen;

g) Zugang zu landwirtschaftlichen Krediten und Darlehen, Vermarktungseinrichtungen und geeigneten Technologien sowie Gleichbehandlung im Rahmen von Boden- und Agrarreformen und ländlichen Umsiedlungsaktionen;

h) angemessene Lebensbedingungen, insbesondere im Hinblick auf Wohnung, sanitäre Einrichtungen, Elektrizitäts- und Wasserversorgung sowie Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen.

Part IV

Article 15

1. States Parties shall accord to women equality with men before the law.

2. States Parties shall accord to women, in civil matters, a legal capacity identical to that of men and the same opportunities to exercise that capacity. In particular, they shall give women equal rights to conclude contracts and to administer property and shall treat them

Quatrième partie

Article 15

1. Les Etats parties reconnaissent à la femme l'égalité avec l'homme devant la loi.

2. Les Etats parties reconnaissent à la femme, en matière civile, une capacité juridique identique à celle de l'homme et les mêmes possibilités pour exercer cette capacité. Ils lui reconnaissent en particulier des droits égaux en ce qui concerne la conclusion de contrats et l'administration

Teil IV

Artikel 15

(1) Die Vertragsstaaten stellen die Frau dem Mann vor dem Gesetz gleich.

(2) Die Vertragsstaaten gewähren der Frau in zivilrechtlichen Fragen dieselbe Rechtsfähigkeit wie dem Mann und dieselben Möglichkeiten zur Ausübung dieser Rechtsfähigkeit. Insbesondere räumen sie der Frau gleiche Rechte in bezug auf den Abschluß von Verträgen und die

equally in all stages of procedure in courts and tribunals.

3. States Parties agree that all contracts and all other private instruments of any kind with a legal effect which is directed at restricting the legal capacity of women shall be deemed null and void.

4. States Parties shall accord to men and women the same rights with regard to the law relating to the movement of persons and the freedom to choose their residence and domicile.

Article 16

1. States Parties shall take all appropriate measures to eliminate discrimination against women in all matters relating to marriage and family relations and in particular shall ensure, on a basis of equality of men and women:

(a) The same right to enter into marriage;

(b) The same right freely to choose a spouse and to enter into marriage only with their free and full consent;

(c) The same rights and responsibilities during marriage and at its dissolution;

(d) The same rights and responsibilities as parents, irrespective of their marital status, in matters relating to their children; in all cases the interests of the children shall be paramount;

(e) The same rights to decide freely and responsibly on the number and spacing of their children and to have access to the information, education and means to enable them to exercise these rights;

(f) The same rights and responsibilities with regard to guardianship, wardship, trusteeship and adoption of children, or similar institutions where these concepts exist in national legislation; in all cases the interests of the children shall be paramount;

(g) The same personal rights as husband and wife, including the right to choose a family name, a profession and an occupation;

(h) The same rights for both spouses in respect of the ownership, acquisition, management, administration, enjoyment and disposition of property, whether free of charge or for a valuable consideration.

2. The betrothal and the marriage of a child shall have no legal effect, and all necessary action, including legislation,

des biens et leur accordent le même traitement à tous les stades de la procédure judiciaire.

3. Les Etats parties conviennent que tout contrat et tout autre instrument privé, de quelque type que ce soit, ayant un effet juridique visant à limiter la capacité juridique de la femme doit être considéré comme nul.

4. Les Etats parties reconnaissent à l'homme et à la femme les mêmes droits en ce qui concerne la législation relative au droit des personnes à circuler librement et à choisir leur résidence et leur domicile.

Article 16

1. Les Etats parties prennent toutes les mesures appropriées pour éliminer la discrimination à l'égard des femmes dans toutes les questions découlant du mariage et dans les rapports familiaux et, en particulier, assurent, sur la base de l'égalité de l'homme et de la femme:

a) Le même droit de contracter mariage;

b) Le même droit de choisir librement son conjoint et de ne contracter mariage que de son libre et plein consentement;

c) Les mêmes droits et les mêmes responsabilités au cours du mariage et lors de sa dissolution;

d) Les mêmes droits et les mêmes responsabilités en tant que parents, quel que soit leur état matrimonial, pour les questions se rapportant à leurs enfants; dans tous les cas, l'intérêt des enfants est la considération primordiale;

e) Les mêmes droits de décider librement et en toute connaissance de cause du nombre et de l'espacement des naissances et d'avoir accès aux informations, à l'éducation et aux moyens nécessaires pour leur permettre d'exercer ces droits;

f) Les mêmes droits et responsabilités en matière de tutelle, de curatelle, de garde et d'adoption des enfants, ou d'institutions similaires, lorsque ces concepts existent dans la législation nationale; dans tous les cas, l'intérêt des enfants est la considération primordiale;

g) Les mêmes droits personnels au mari et à la femme, y compris en ce qui concerne le choix du nom de famille, d'une profession et d'une occupation;

h) Les mêmes droits à chacun des époux en matière de propriété, d'acquisition, de gestion, d'administration, de jouissance et de disposition des biens, tant à titre gratuit qu'à titre onéreux.

2. Les fiançailles et les mariages d'enfants n'ont pas d'effets juridiques et toutes les mesures nécessaires, y com-

Verwaltung von Vermögen ein und gewähren ihr Gleichbehandlung in allen Stadien gerichtlicher Verfahren.

(3) Die Vertragsstaaten kommen überein, daß alle Verträge und alle sonstigen Privaturkunden, deren Rechtswirkung auf die Einschränkung der Rechtsfähigkeit der Frau gerichtet ist, nichtig sind.

(4) Die Vertragsstaaten gewähren Männern und Frauen die gleichen Rechte hinsichtlich der Rechtsvorschriften über die Freizügigkeit und die freie Wahl ihres Aufenthaltsorts und ihres Wohnsitzes.

Artikel 16

(1) Die Vertragsstaaten treffen alle geeigneten Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau in Ehe- und Familienfragen und gewährleisten auf der Grundlage der Gleichberechtigung von Mann und Frau insbesondere folgende Rechte:

a) gleiches Recht auf Eheschließung;

b) gleiches Recht auf freie Wahl des Ehegatten sowie auf Eheschließung nur mit freier und voller Zustimmung;

c) gleiche Rechte und Pflichten in der Ehe und bei deren Auflösung;

d) gleiche Rechte und Pflichten als Eltern, ungeachtet ihres Familienstands, in allen ihre Kinder betreffenden Fragen; in jedem Fall sind die Interessen der Kinder vorrangig zu berücksichtigen;

e) gleiches Recht auf freie und verantwortungsbewußte Entscheidung über Anzahl und Altersunterschied ihrer Kinder sowie auf Zugang zu den zur Ausübung dieser Rechte erforderlichen Informationen, Bildungseinrichtungen und Mitteln;

f) gleiche Rechte und Pflichten in Fragen der Vormundschaft, Pflegschaft, Personen- und Vermögenssorge, Adoption von Kindern oder ähnlichen Rechtseinrichtungen, soweit das innerstaatliche Recht derartige Rechtsinstitute kennt; in jedem Fall sind die Interessen der Kinder vorrangig zu berücksichtigen;

g) die gleichen persönlichen Rechte als Ehegatten, einschließlich des Rechts auf Wahl des Familiennamens, eines Berufs und einer Beschäftigung;

h) gleiche Rechte beider Ehegatten hinsichtlich des Eigentums an Vermögen und dessen Erwerb, Bewirtschaftung, Verwaltung und Nutzung sowie der Verfügung darüber, gleichviel ob unentgeltlich oder gegen Entgelt.

(2) Die Verlobung und Eheschließung eines Kindes haben keine Rechtswirksamkeit; es werden alle erforderlichen

shall be taken to specify a minimum age for marriage and to make the registration of marriages in an official registry compulsory.

pris des dispositions législatives, sont prises afin de fixer un âge minimal pour le mariage et de rendre obligatoire l'inscription du mariage sur un registre officiel.

Maßnahmen einschließlich gesetzgeberischer Maßnahmen ergriffen, um ein Mindestalter für die Eheschließung festzulegen und die Eintragung der Eheschließung in ein amtliches Register zur Pflicht zu machen.

Part V

Article 17

1. For the purpose of considering the progress made in the implementation of the present Convention, there shall be established a Committee on the Elimination of Discrimination against Women (hereinafter referred to as the Committee) consisting, at the time of entry into force of the Convention, of eighteen and, after ratification of or accession to the Convention by the thirty-fifth State Party, of twenty-three experts of high moral standing and competence in the field covered by the Convention. The experts shall be elected by States Parties from among their nationals and shall serve in their personal capacity, consideration being given to equitable geographical distribution and to the representation of the different forms of civilization as well as the principal legal systems.

2. The members of the Committee shall be elected by secret ballot from a list of persons nominated by States Parties. Each State Party may nominate one person from among its own nationals.

3. The initial election shall be held six months after the date of the entry into force of the present Convention. At least three months before the date of each election the Secretary-General of the United Nations shall address a letter to the States Parties inviting them to submit their nominations within two months. The Secretary-General shall prepare a list in alphabetical order of all persons thus nominated, indicating the States Parties which have nominated them, and shall submit it to the States Parties.

4. Elections of the members of the Committee shall be held at a meeting of States Parties convened by the Secretary-General at United Nations Headquarters. At that meeting, for which two thirds of the States Parties shall constitute a quorum, the persons elected to the Committee shall be those nominees who obtain the largest number of votes and an absolute majority of the votes of the representatives of States Parties present and voting.

5. The members of the Committee shall be elected for a term of four years. However, the terms of nine of the members elected at the first election shall expire at the end of two years; immediately after the first election the names of these nine members shall be chosen by lot by the Chairman of the Committee.

Cinquième partie

Article 17

1. Aux fins d'examiner les progrès réalisés dans l'application de la présente Convention, il est constitué un Comité pour l'élimination de la discrimination à l'égard des femmes (ci-après dénommé le Comité), qui se compose, au moment de l'entrée en vigueur de la Convention, de dix-huit, et après sa ratification ou l'adhésion du trente-cinquième Etat partie, de vingt-trois experts d'une haute autorité morale et éminemment compétents dans le domaine auquel s'applique la présente Convention. Ces experts sont élus par les Etats parties parmi leurs ressortissants et siègent à titre personnel, compte tenu du principe d'une répartition géographique équitable et de la représentation des différentes formes de civilisation ainsi que des principaux systèmes juridiques.

2. Les membres du Comité sont élus au scrutin secret sur une liste de candidats désignés par les Etats parties. Chaque Etat partie peut désigner un candidat choisi parmi ses ressortissants.

3. La première élection a lieu six mois après la date d'entrée en vigueur de la présente Convention. Trois mois au moins avant la date de chaque élection, le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies adresse une lettre aux Etats parties pour les inviter à soumettre leurs candidatures dans un délai de deux mois. Le Secrétaire général dresse une liste alphabétique de tous les candidats, en indiquant par quel Etat ils ont été désignés, liste qu'il communique aux Etats parties.

4. Les membres du Comité sont élus au cours d'une réunion des Etats parties convoquée par le Secrétaire général au Siège de l'Organisation des Nations Unies. A cette réunion, où le quorum est constitué par les deux tiers des Etats parties, sont élus membres du Comité les candidats ayant obtenu le plus grand nombre de voix et la majorité absolue des votes des représentants des Etats parties présents et votants.

5. Les membres du Comité sont élus pour quatre ans. Toutefois, le mandat de neuf des membres élus à la première élection prendra fin au bout de deux ans; le Président du Comité tirera au sort les noms de ces neuf membres immédiatement après la première élection.

Teil V

Artikel 17

(1) Zur Prüfung der Fortschritte bei der Durchführung dieses Übereinkommens wird ein (im folgenden als „Ausschuß" bezeichneter) Ausschuß für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau eingesetzt; er besteht zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Übereinkommens aus achtzehn, nach Ratifikation oder Beitritt des fünfunddreißigsten Vertragsstaats aus dreiundzwanzig Sachverständigen von hohem sittlichem Rang und großer Sachkenntnis auf dem von dem Übereinkommen erfaßten Gebiet. Die Sachverständigen werden von den Vertragsstaaten unter ihren Staatsangehörigen ausgewählt und sind in persönlicher Eigenschaft tätig; dabei ist auf eine gerechte geographische Verteilung und auf Vertretung der verschiedenen Zivilisationsformen sowie der wichtigsten Rechtssysteme zu achten.

(2) Die Mitglieder des Ausschusses werden in geheimer Wahl aus einer Liste von Personen gewählt, die von den Vertragsstaaten benannt worden sind. Jeder Vertragsstaat kann einen seiner eigenen Staatsangehörigen benennen.

(3) Die erste Wahl findet sechs Monate nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens statt. Spätestens drei Monate vor jeder Wahl fordert der Generalsekretär der Vereinten Nationen die Vertragsstaaten schriftlich auf, binnen zwei Monaten ihre Benennungen einzureichen. Er stellt sodann eine alphabetische Liste aller demgemäß benannten Personen unter Angabe der sie benennenden Vertragsstaaten auf und legt sie den Vertragsstaaten vor.

(4) Die Wahl der Ausschußmitglieder findet auf einer vom Generalsekretär am Sitz der Vereinten Nationen anberaumten Sitzung der Vertragsstaaten statt. Auf dieser Sitzung, die beschlußfähig ist, wenn zwei Drittel der Vertragsstaaten vertreten sind, gelten diejenigen Bewerber als in den Ausschuß gewählt, welche die höchste Stimmenzahl und die absolute Stimmenmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertreter der Vertragsstaaten auf sich vereinigen.

(5) Die Ausschußmitglieder werden für vier Jahre gewählt. Jedoch läuft die Amtszeit von neun der bei der ersten Wahl gewählten Mitglieder nach zwei Jahren ab; unmittelbar nach der ersten Wahl werden die Namen dieser neun Mitglieder vom Vorsitzenden des Ausschusses durch das Los bestimmt.

6. The election of the five additional members of the Committee shall be held in accordance with the provisions of paragraphs 2, 3 and 4 of this article, following the thirty-fifth ratification or accession. The terms of two of the additional members elected on this occasion shall expire at the end of two years, the names of these two members having been chosen by lot by the Chairman of the Committee.

7. For the filling of casual vacancies, the State Party whose expert has ceased to function as a member of the Committee shall appoint another expert from among its nationals, subject to the approval of the Committee.

8. The members of the Committee shall, with the approval of the General Assembly, receive emoluments from United Nations resources on such terms and conditions as the Assembly may decide, having regard to the importance of the Committee's responsibilities.

9. The Secretary-General of the United Nations shall provide the necessary staff and facilities for the effective performance of the functions of the Committee under the present Convention.

6. L'élection des cinq membres additionnels du Comité se fera conformément aux dispositions des paragraphes 2, 3 et 4 du présent article à la suite de la trente-cinquième ratification ou adhésion. Le mandat de deux des membres additionnels élus à cette occasion prendra fin au bout de deux ans; le nom de ces deux membres sera tiré au sort par le Président du Comité.

7. Pour remplir les vacances fortuites, l'Etat partie dont l'expert a cessé d'exercer ses fonctions de membre de Comité nommera un autre expert parmi ses ressortissants, sous réserve de l'approbation du Comité.

8. Les membres du Comité reçoivent, avec l'approbation de l'Assemblée générale, des émoluments prélevés sur les ressources de l'Organisation des Nations Unies dans les conditions fixées par l'Assemblée eu égard à l'importance des fonctions du Comité.

9. Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies met à la disposition du Comité le personnel et les moyens matériels qui lui sont nécessaires pour s'acquitter efficacement des fonctions qui lui sont confiées en vertu de la présente Convention.

(6) Die Wahl der fünf zusätzlichen Ausschußmitglieder findet gemäß den Absätzen 2, 3 und 4 nach Ratifikation oder Beitritt des fünfunddreißigsten Vertragsstaats statt. Die Amtszeit zweier der bei dieser Gelegenheit gewählten zusätzlichen Mitglieder läuft nach zwei Jahren ab; die Namen dieser beiden Mitglieder werden vom Ausschußvorsitzenden durch das Los bestimmt.

(7) Zur Besetzung eines unerwartet verwaisten Sitzes ernennt der Vertragsstaat, dessen Sachverständiger aufgehört hat, Mitglied des Ausschusses zu sein, mit Zustimmung des Ausschusses einen anderen Sachverständigen unter seinen Staatsangehörigen.

(8) Die Ausschußmitglieder erhalten mit Zustimmung der Generalversammlung Bezüge aus Mitteln der Vereinten Nationen; die näheren Einzelheiten werden von der Generalversammlung unter Berücksichtigung der Bedeutung der Aufgaben des Ausschusses festgesetzt.

(9) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen stellt dem Ausschuß das Personal und die Einrichtungen zur Verfügung, deren dieser zur wirksamen Wahrnehmung seiner Aufgaben nach diesem Übereinkommen bedarf.

Article 18

1. States Parties undertake to submit to the Secretary-General of the United Nations, for consideration by the Committee, a report on the legislative, judicial, administrative or other measures which they have adopted to give effect to the provisions of the present Convention and on the progress made in this respect:

(a) Within one year after the entry into force for the State concerned; and

(b) Thereafter at least every four years and further whenever the Committee so requests.

2. Reports may indicate factors and difficulties affecting the degree of fulfilment of obligations under the present Convention.

Article 18

1. Les Etats parties s'engagent à présenter au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, pour examen par le Comité, un rapport sur les mesures d'ordre législatif, judiciaire, administratif ou autre qu'ils ont adoptées pour donner effet aux dispositions de la présente Convention et sur les progrès réalisés à cet égard:

a) Dans l'année suivant l'entrée en vigueur de la Convention dans l'Etat intéressé;

b) Puis tous les quatre ans, ainsi qu'à la demande du Comité.

2. Les rapports peuvent indiquer les facteurs et difficultés influant sur la mesure dans laquelle sont remplies les obligations prévues par la présente Convention.

Artikel 18

(1) Die Vertragsstaaten verpflichten sich, dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zur Beratung durch den Ausschuß einen Bericht über die zur Durchführung dieses Übereinkommens getroffenen Gesetzgebungs-, Gerichts-, Verwaltungs- und sonstigen Maßnahmen und die diesbezüglichen Fortschritte vorzulegen, und zwar

a) innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Übereinkommens für den betreffenden Staat und

b) danach mindestens alle vier Jahre und so oft es der Ausschuß verlangt.

(2) In den Berichten kann auf Faktoren und Schwierigkeiten hingewiesen werden, die das Ausmaß der Erfüllung der in diesem Übereinkommen vorgesehenen Verpflichtungen beeinflussen.

Article 19

1. The Committee shall adopt its own rules of procedure.

2. The Committee shall elect its officers for a term of two years.

Article 19

1. Le Comité adopte son propre règlement intérieur.

2. Le Comité élit son Bureau pour une période de deux ans.

Artikel 19

(1) Der Ausschuß gibt sich eine Geschäftsordnung.

(2) Der Ausschuß wählt seinen Vorstand für zwei Jahre.

Article 20

1. The Committee shall normally meet for a period of not more than two weeks annually in order to consider the reports submitted in accordance with article 18 of the present Convention.

Article 20

1. Le Comité se réunit normalement pendant une période de deux semaines au plus chaque année pour examiner les rapports présentés conformément à l'article 18 de la présente Convention.

Artikel 20

(1) Der Ausschuß tritt in der Regel jährlich für höchstens zwei Wochen zur Prüfung der nach Artikel 18 vorgelegten Berichte zusammen.

2.The meetings of the Committee shall normally be held at United Nations Headquarters or at any other convenient place as determined by the Committee.

2. Les séances du Comité se tiennent normalement au Siège de l'Organisation des Nations Unies ou en tout autre lieu adéquat déterminé par le Comité.

(2) Die Sitzungen des Ausschusses finden in der Regel am Sitz der Vereinten Nationen oder an einem anderen vom Ausschuß bestimmten geeigneten Ort statt.

Article 21

1. The Committee shall, through the Economic and Social Council, report annually to the General Assembly of the United Nations on its activities and may make suggestions and general recommendations based on the examination of reports and information received from the States Parties. Such suggestions and general recommendations shall be included in the report of the Committee together with comments, if any, from States Parties.

2. The Secretary-General shall transmit the reports of the Committee to the Commission on the Status of Women for its information.

Article 21

1. Le Comité rend compte chaque année à l'Assemblée générale de l'Organisation des Nations Unies, par l'intermédiaire du Conseil économique et social, de ses activités et peut formuler des suggestions et des recommandations générales fondées sur l'examen des rapports et des renseignements reçus des Etats parties. Ces suggestions et recommandations sont incluses dans le rapport du Comité, accompagnées, le cas échéant, des observations des Etats parties.

2. Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies transmet les rapports du Comité à la Commission de la condition de la femme, pour information.

Artikel 21

(1) Der Ausschuß berichtet der Generalversammlung der Vereinten Nationen jährlich durch den Wirtschafts- und Sozialrat über seine Tätigkeit und kann aufgrund der Prüfung der von den Vertragsstaaten eingegangenen Berichte und Auskünfte Vorschläge machen und allgemeine Empfehlungen abgeben. Diese werden zusammen mit etwaigen Stellungnahmen der Vertragsstaaten in den Ausschußbericht aufgenommen.

(2) Der Generalsekretär übermittelt die Ausschußberichte der Kommission für die Rechtsstellung der Frau zur Kenntnisnahme.

Article 22

The specialized agencies shall be entitled to be represented at the consideration of the implementation of such provisions of the present Convention as fall within the scope of their activities. The Committee may invite the specialized agencies to submit reports on the implementation of the Convention in areas falling within the scope of their activities.

Article 22

Les institutions spécialisées ont le droit d'être représentées lors de l'examen de la mise en œuvre de toute disposition de la présente Convention qui entre dans le cadre de leurs activités. Le Comité peut inviter les institutions spécialisées à soumettre des rapports sur l'application de la Convention dans les domaines qui entrent dans le cadre de leurs activités.

Artikel 22

Die Sonderorganisationen haben das Recht, bei Beratung der Durchführung derjenigen Bestimmungen dieses Übereinkommens vertreten zu sein, die in ihren Tätigkeitsbereich fallen. Der Ausschuß kann die Sonderorganisationen bitten, Berichte über die Durchführung des Übereinkommens auf Gebieten vorzulegen, die in ihren Tätigkeitsbereich fallen.

Part VI

Article 23

Nothing in this Convention shall affect any provisions that are more conducive to the achievement of equality between men and women which may be contained:

(a) In the legislation of a State Party; or

(b) In any other international convention, treaty or agreement in force for that State.

Sixième partie

Article 23

Aucune des dispositions de la présente Convention ne portera atteinte aux dispositions plus propices à la réalisation de l'égalité de l'homme et de la femme pouvant être contenues:

a) Dans la législation d'un Etat partie; ou

b) Dans toute autre convention, tout autre traité ou accord international en vigueur dans cet Etat.

Teil VI

Artikel 23

Dieses Übereinkommen läßt zur Herbeiführung der Gleichberechtigung von Mann und Frau besser geeignete Bestimmungen unberührt, die enthalten sind

a) in den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaats oder

b) in sonstigen für diesen Staat geltenden internationalen Übereinkommen, Verträgen oder Abkommen.

Article 24

States Parties undertake to adopt all necessary measures at the national level aimed at achieving the full realization of the rights recognized in the present Convention.

Article 24

Les Etats parties s'engagent à adopter toutes les mesures nécessaires au niveau national pour assurer le plein exercice des droits reconnus par la présente Convention.

Artikel 24

Die Vertragsstaaten verpflichten sich, alle Maßnahmen zu treffen, die auf nationaler Ebene zur vollen Verwirklichung der in diesem Übereinkommen anerkannten Rechte erforderlich sind.

Article 25

1. The present Convention shall be open for signature by all States.

2. The Secretary-General of the United Nations is designated as the depositary of the present Convention.

Article 25

1. La présente Convention est ouverte à la signature de tous les Etats.

2. Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies est désigné comme dépositaire de la présente Convention.

Artikel 25

(1) Dieses Übereinkommen liegt für alle Staaten zur Unterzeichnung auf.

(2) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen wird zum Verwahrer dieses Übereinkommens bestimmt.

3. The present Convention is subject to ratification. Instruments of ratification shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

4. The present Convention shall be open to accession by all States. Accession shall be effected by the deposit of an instrument of accession with the Secretary-General of the United Nations.

Article 26

1. A request for the revision of the present Convention may be made at any time by any State Party by means of a notification in writing addressed to the Secretary-General of the United Nations.

2. The General Assembly of the United Nations shall decide upon the steps, if any, to be taken in respect of such a request.

Article 27

1. The present Convention shall enter into force on the thirtieth day after the date of deposit with the Secretary-General of the United Nations of the twentieth instrument of ratification or accession.

2. For each State ratifying the present Convention or acceding to it after the deposit of the twentieth instrument of ratification or accession, the Convention shall enter into force on the thirtieth day after the date of the deposit of its own instrument of ratification or accession.

Article 28

1. The Secretary-General of the United Nations shall receive and circulate to all States the text of reservations made by States at the time of ratification or accession.

2. A reservation incompatible with the object and purpose of the present Convention shall not be permitted.

3. Reservations may be withdrawn at any time by notification to this effect addressed to the Secretary-General of the United Nations, who shall then inform all States thereof. Such notification shall take effect on the date on which it is received.

Article 29

1. Any dispute between two or more States Parties concerning the interpretation or application of the present Convention which is not settled by negotiation shall, at the request of one of them, be submitted to arbitration. If within six months from the date of the request for arbitration the parties are unable to agree on the organization of the arbitration, any one of those parties may

3. La présente Convention est sujette à ratification et les instruments de ratification seront déposés auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

4. La présente Convention sera ouverte à l'adhésion de tous les Etats. L'adhésion s'effectuera par le dépôt d'un instrument d'adhésion auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Article 26

1. Tout Etat partie peut demander à tout moment la révision de la présente Convention en adressant une communication écrite à cet effet au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

2. L'Assemblée générale de l'Organisation des Nations Unies décide des mesures à prendre, le cas échéant, au sujet d'une demande de cette nature.

Article 27

1. La présente Convention entrera en vigueur le trentième jour qui suivra la date du dépôt auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies du vingtième instrument de ratification ou d'adhésion.

2. Pour chacun des Etats qui ratifieront la présente Convention ou y adhéreront après le dépôt du vingtième instrument de ratification ou d'adhésion, ladite Convention entrera en vigueur le trentième jour après la date du dépôt par cet Etat de son instrument de ratification ou d'adhésion.

Article 28

1. Le Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies recevra et communiquera à tous les Etats le texte des réserves qui auront été faites au moment de la ratification ou de l'adhésion.

2. Aucune réserve incompatible avec l'objet et le but de la présente Convention ne sera autorisée.

3. Les réserves peuvent être retirées à tout moment par voie de notification adressée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies, lequel informe tous les Etats parties à la Convention. La notification prendra effet à la date de réception.

Article 29

1. Tout différend entre deux ou plusieurs Etats parties concernant l'interprétation ou l'application de la présente Convention qui n'est pas réglé par voie de négociation est soumis à l'arbitrage, à la demande de l'un d'entre eux. Si, dans les six mois qui suivent la date de la demande d'arbitrage, les parties ne parviennent pas à se mettre d'accord sur l'organisation de l'arbitrage, l'une quelconque

(3) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation. Die Ratifikationsurkunden werden beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

(4) Dieses Übereinkommen liegt für alle Staaten zum Beitritt auf. Der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen.

Artikel 26

(1) Ein Vertragsstaat kann jederzeit durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete schriftliche Notifikation eine Revision dieses Übereinkommens beantragen.

(2) Die Generalversammlung der Vereinten Nationen beschließt über etwaige hinsichtlich eines derartigen Antrags zu unternehmende Schritte.

Artikel 27

(1) Dieses Übereinkommen tritt am dreißigsten Tag nach Hinterlegung der zwanzigsten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde beim Generalsekretär der Vereinten Nationen in Kraft.

(2) Für jeden Staat, der nach Hinterlegung der zwanzigsten Ratifikations- oder Beitrittsurkunde dieses Übereinkommen ratifiziert oder ihm beitritt, tritt es am dreißigsten Tag nach Hinterlegung seiner Ratifikations- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel 28

(1) Der Generalsekretär der Vereinten Nationen nimmt den Wortlaut von Vorbehalten, die ein Staat bei der Ratifikation oder beim Beitritt anbringt, entgegen und leitet ihn allen Staaten zu.

(2) Mit Ziel und Zweck dieses Übereinkommens unvereinbare Vorbehalte sind nicht zulässig.

(3) Vorbehalte können jederzeit durch eine diesbezügliche Notifikation an den Generalsekretär der Vereinten Nationen zurückgenommen werden, der sodann alle Staaten davon in Kenntnis setzt. Die Notifikation wird mit dem Tag ihres Eingangs wirksam.

Artikel 29

(1) Entsteht zwischen zwei oder mehr Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens eine Streitigkeit, die nicht auf dem Verhandlungsweg beigelegt werden kann, so wird sie auf Verlangen einer Partei zum Gegenstand eines Schiedsverfahrens gemacht. Können sich die Parteien innerhalb von sechs Monaten vom Zeitpunkt des Antrags auf ein Schiedsverfahren

refer the dispute to the International Court of Justice by request in conformity with the Statute of the Court.

2. Each State Party may at the time of signature or ratification of this Convention or accession thereto declare that it does not consider itself bound by paragraph 1 of this article. The other States Parties shall not be bound by that paragraph with respect to any State Party which has made such a reservation.

3. Any State Party which has made a reservation in accordance with paragraph 2 of this article may at any time withdraw that reservation by notification to the Secretary-General of the United Nations.

Article 30

The present Convention, the Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish texts of which are equally authentic, shall be deposited with the Secretary-General of the United Nations.

In witness whereof the undersigned, duly authorized, have signed the present Convention.

d'entre elles peut soumettre le différend à la Cour internationale de Justice, en déposant une requête conformément au Statut de la Cour.

2. Tout Etat partie pourra, au moment où il signera la présente Convention, la ratifiera ou y adhérera, déclarer qu'il ne se considère pas lié par les dispositions du paragraphe 1 du présent article. Les autres Etats parties ne seront pas liés par lesdites dispositions envers un Etat partie qui aura formulé une telle réserve.

3. Tout Etat partie qui aura formulé une réserve conformément aux dispositions du paragraphe 2 du présent article pourra à tout moment lever cette réserve par une notification adressée au Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

Article 30

La présente Convention, dont les textes en anglais, arabe, chinois, espagnol, français et russe font également foi, sera déposée auprès du Secrétaire général de l'Organisation des Nations Unies.

En foi de quoi les soussignés, à ce dûment habilités, ont signé la présente Convention.

über dessen Ausgestaltung nicht einigen, so kann eine Partei die Streitigkeit dem Internationalen Gerichtshof vorlegen, indem sie einen Antrag im Einklang mit dessen Statut stellt.

(2) Jeder Vertragsstaat kann zum Zeitpunkt der Unterzeichnung oder Ratifikation des Übereinkommens oder seines Beitritts dazu erklären, daß er sich durch Absatz 1 nicht als gebunden ansieht. Die anderen Vertragsstaaten sind gegenüber einem Vertragsstaat, der einen derartigen Vorbehalt angebracht hat, durch Absatz 1 nicht gebunden.

(3) Ein Vertragsstaat, der einen Vorbehalt nach Absatz 2 angebracht hat, kann diesen jederzeit durch eine an den Generalsekretär der Vereinten Nationen gerichtete Notifikation zurücknehmen.

Artikel 30

Dieses Übereinkommen, dessen arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Denkschrift zu dem Übereinkommen

I. Allgemeines

Die Vereinten Nationen haben sich seit ihrer Gründung für die Gleichberechtigung der Frau auf allen Lebensgebieten eingesetzt.

Bereits die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte vom 10. Dezember 1948 enthielt den Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Ebenso fand dieser Grundsatz Eingang in den Internationalen Pakt vom 19. Dezember 1966 über bürgerliche und politische Rechte (BGBl. 1973 II S. 1533) und den Internationalen Pakt vom 19. Dezember 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (BGBl. 1973 II S. 1569).

Dem Übereinkommen ging die auf der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 7. November 1967 verabschiedete „Erklärung über die Beseitigung der Diskriminierung der Frau" voraus (UN-Doc. A/Res./2263 [XXII]).

Im Zusammenhang mit der Durchführung dieser Erklärung und der Vorbereitung des Internationalen Jahres der Frau hat die Frauenrechtskommission 1972 (Resolution 5 [XXIV] der Frauenrechtskommission) vorgeschlagen, die Auffassung der Mitgliedsstaaten über ein neues Rechtsinstrument zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau einzuholen. Gleichzeitig wurde eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung eines Entwurfs eingesetzt. Nachdem die Generalversammlung am 15. Dezember 1975 (Entschließung 3521 [XXX] der Generalversammlung) den Arbeiten an dem Übereinkommen zugestimmt und dazu aufgefordert hatte, das Inkrafttreten des Übereinkommens noch in der ersten Hälfte der von den Vereinten Nationen proklamierten Frauendekade 1976 bis 1985 zu ermöglichen, wurde der Entwurf der Frauenrechtskommission fertiggestellt und dem Wirtschafts- und Sozialrat zugeleitet. Dieser beschloß am 12. Mai 1977 (UN-Doc. E/Res/2058 [LXII]), den Entwurf den Regierungen zur erneuten Stellungnahme zuzuleiten. Sodann wurde der Entwurf mit Stellungnahmen und Alternativvorschlägen auch von VN-Sonderorganisationen und nicht-staatlichen Organisationen dem 3. Hauptausschuß der Generalversammlung überwiesen, der ihn von Herbst 1977 bis Dezember 1979 während dreier Sitzungsperioden beraten und am 7. Dezember 1979 verabschiedet hat (UN-Docs. A/32/820 und A/34/L.61). Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat das Übereinkommen schließlich am 18. Dezember 1979 angenommen (UN-Doc. A/Res/34/180). Es wurde aus Anlaß der 2. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Kopenhagen ermöglicht, das Übereinkommen, das seit dem 19. Dezember 1979 in New York zur Zeichnung aufgelegt war, auch dort zu unterzeichnen. Das Übereinkommen konnte deshalb in Kopenhagen am 17. Juli 1980 vom Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Dänemark unterzeichnet werden.

Insgesamt haben bisher über 80 Staaten das Übereinkommen unterzeichnet.

48 Staaten haben (Stand: 21. April 1983) das Übereinkommen bereits ratifiziert bzw. sind dem Übereinkommen beigetreten.

Es sind dies die Deutsche Demokratische Republik sowie:

Ägypten
Äthiopien
Barbados
Bhutan
Bulgarien
China
Dänemark
Dominica
Dominikanische Republik
Ecuador
El Salvador
Gabun
Guatemala
Guinea
Guyana
Haiti
Honduras
Jugoslawien
Kanada
Kap Verde (Beitritt)
Kolumbien
Kongo
Kuba
Laotische Demokratische Volksrepublik
Mexiko
Mongolei
Nicaragua
Norwegen
Österreich
Panama
Peru
Philippinen
Polen
Portugal
Ruanda
Rumänien
Schweden
Sowjetunion
Sri Lanka
St. Lucia (Beitritt)
St. Vincent und die Grenadinen (Beitritt)
Tschechoslowakei
Ukrainische SSR
Ungarn
Uruguay
Vietnam
Weissrussische SSR

Gemäß seinem Artikel 27 Abs. 1 ist das Übereinkommen 30 Tage nach der Hinterlegung der zwanzigsten Ratifizierungs- bzw. Beitrittsurkunde für die Staaten, die bis zu diesem Zeitpunkt beigetreten sind bzw. ratifiziert haben, am 3. September 1981 in Kraft getreten.

Aus der Anlage zu dieser Denkschrift sind die Vorbehalte ersichtlich, die einzelne Staaten bei der Ratifizierung eingelegt haben.

Das Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau verpflichtet die Vertragsstaaten völkerrechtlich, alle geeigneten Maßnahmen zur Erreichung der Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen zu ergreifen. Das Übereinkommen tritt damit neben die rechtlichen Verpflichtungen aus den bereits erwähnten Konventionen sowie die politischen Verpflichtungen, die sich aus den Beschlüssen der Generalversammlung, des Wirtschafts- und Sozialrates, der Frauenrechtskommission und der beiden Weltfrauenkonferenzen Mexiko-Stadt (1975) und Kopenhagen (1980) der Vereinten Nationen ableiten lassen. Das Übereinkommen bezieht sich auf alle Lebensbereiche und ist dadurch eng verknüpft mit den frauenpolitischen Ergebnissen der beiden genannten Weltfrauenkonferenzen der Vereinten Nationen.

Die Bestimmungen des Übereinkommens richten sich jeweils nur an die Vertragsstaaten und begründen lediglich Staatenverpflichtungen. Unmittelbare Rechte und Pflichten einzelner Personen sind aus dem Übereinkommen selbst nicht abzuleiten, sondern könnten sich erst infolge einer innerstaatlichen Umsetzung der Staatenverpflichtungen ergeben.

Die aus dem Übereinkommen herzuleitenden Verpflichtungen decken sich – soweit sie in der Bundesrepublik Deutschland nicht bereits verwirklicht sind – mit der erklärten Politik der Bundesregierung, aber auch aller im Parlament vertretenen Parteien zur Beseitigung noch vorhandener Defizite auf dem Gebiet der Gleichberechtigung der Frau. Die Zustimmung zu einer Politik für eine besondere Förderung der Gleichberechtigung ist in der Debatte des Plenums des Deutschen Bundestages am 19. März 1981 über den Bericht der Enquete-Kommission „Frau und Gesellschaft" von allen Seiten betont worden (Plenarprotokoll 9/26 des Deutschen Bundestages; Bericht der Enquete-Kommission Frau und Gesellschaft Bundestags-Drucksache 8/4461). Die Bundesregierung begegnet tatsächlichen Defiziten auf dem Gebiet der Gleichbehandlung mit einem Bündel von Maßnahmen in den einzelnen Lebensbereichen, vor allem im Bereich der Ausbildung und des Arbeitslebens. Dazu gehören insbesondere Fördermaßnahmen für Frauen mit dem Ziel, einen allmählichen Anstieg des Frauenanteils in Bereichen und Ebenen zu erreichen, in denen Frauen bisher wenig vertreten sind, wo dies ohne gesetzliche Regelung möglich ist. Die Bundesregierung befürwortet solche Maßnahmen und setzt die bereits im Rahmen der Politik der Bundesregierung begonnenen Programme und Projekte im Bereich der Ausbildung und der beruflichen Förderung von Frauen fort.

Da die Bestimmungen des Übereinkommens keine Prioritäten für die verschiedenen möglichen Maßnahmen festlegen, bleibt es dem Ermessen der zuständigen staatlichen Organe überlassen, die jeweils geeigneten Maßnahmen zur Ausführung des Übereinkommens zu ergreifen.

II. Besonderes

Das Übereinkommen gliedert sich in eine Präambel und sechs Teile mit insgesamt 30 Artikeln.

Zur **Präambel** ist zu bemerken:

Im 11. Absatz der Präambel wird lediglich das Selbstbestimmungsrecht der „unter Fremd- und Kolonialherrschaft sowie ausländischer Besetzung lebenden Völker" erwähnt. Dieser Hinweis ist zu eng, da das Selbstbestimmungsrecht gemäß Artikel 1 der Satzung der Vereinten Nationen sowie gemäß Artikel 1 der beiden Internationalen Menschenrechtspakte allen Völkern zusteht. Die Bundesrepublik Deutschland hat darauf bereits in ihrer Stimmerklärung anläßlich der Annahme des Übereinkommens durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 18. Dezember 1979 hingewiesen (Resolution 34/180). Die Bundesrepublik Deutschland hatte sich ferner wegen der mißverständlichen Formulierung bei der gesonderten Abstimmung über den 11. Absatz der Präambel der Stimme enthalten. Um jeder fehlerhaften Interpretation vorzubeugen, beabsichtigt die Bundesregierung, bei der Ratifizierung des Übereinkommens folgende Erklärung abzugeben:

„Die Bundesrepublik Deutschland erklärt zu dem mit den Worten ‚in Bekräftigung dessen, daß die Festigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit' beginnenden Absatz der Präambel des Übereinkommens:

Das Recht der Völker auf Selbstbestimmung, wie es in der Satzung der Vereinten Nationen und in den Internationalen Pakten vom 19. Dezember 1966 niedergelegt ist, gilt für alle Völker und nicht nur für diejenigen, die ‚unter Fremd- und Kolonialherrschaft sowie ausländischer Besetzung' leben. Deshalb haben alle Völker das unveräußerliche Recht, frei über ihren politischen Status zu entscheiden und frei ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu gestalten. Die Bundesrepublik Deutschland könnte eine Interpretation des Selbstbestimmungsrechts, die dem eindeutigen Wortlaut der Satzung der Vereinten Nationen und der beiden internationalen Menschenrechtspakte über bürgerliche und politische Rechte und über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vom 19. Dezember 1966 widerspricht, nicht als rechtsgültig anerkennen. Sie wird die Ziffer 11 der Präambel in diesem Sinne verstehen."

Teil I

Artikel 1 definiert den Ausdruck „Diskriminierung der Frau" so, daß sowohl absichtliche als auch unbeabsichtigte Ungleichbehandlungen erfaßt sind. Die Definition bedeutet nach Auffassung der Bundesregierung nicht, daß Männer oder Frauen mit Familienpflichten nicht besser gestellt werden dürfen. Sie bringt vielmehr zum Ausdruck, daß Frauen allein daraus, daß sie verheiratet sind oder Mütter sind oder werden könnten, keinerlei Nachteile entstehen dürfen.

Artikel 2 enthält eine Verurteilung jeder Form von Diskriminierung der Frau verbunden mit der generellen Verpflichtung, eine Politik zur Beseitigung der Diskriminierung zu verfolgen, die sich sowohl auf gesetzliche als auch auf sonstige geeignete Maßnahmen erstreckt.

Im einzelnen werden folgende Verpflichtungen übernommen:

- Verankerung des Grundsatzes der Gleichberechtigung in der Staatsverfassung bzw. in anderen geeigneten Rechtsvorschriften;
- gesetzgeberische und sonstige Maßnahmen für die tatsächliche Verwirklichung der Gleichberechtigung;
- Verbot der Diskriminierung der Frau, wobei mit dem Verbot gegebenenfalls auch Sanktionen verbunden sein sollen;
- gesetzlicher Schutz der Rechte der Frau durch Gerichte und sonstige öffentliche Einrichtungen;
- Unterlassung diskriminierender Handlungen und Praktiken in allen staatlichen Behörden und öffentlichen Einrichtungen;
- Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau durch Privatpersonen, Organisationen und Unternehmen;
- Änderung oder Aufhebung aller Gesetze, Verordnungen, Gepflogenheiten und Praktiken, durch die Frauen diskriminiert werden;
- Aufhebung aller strafrechtlichen Vorschriften, die eine Diskriminierung der Frau darstellen.

Unter dem Begriff der Sanktionen, die gegebenenfalls mit dem Verbot der Diskriminierung der Frau verbunden werden sollen, können auch zivilrechtliche Rechtsfolgen wie z. B. die Unwirksamkeit der Kündigung eines Arbeitsverhältnisses oder die Entstehung von Schadensersatzansprüchen verstanden werden.

Den Verpflichtungen aus Artikel 2 des Übereinkommens entspricht die Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland bereits. Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen und das Verbot der Benachteiligung wegen des Geschlechts sind als Grundrechte nach Artikel 3 Abs. 2 und 3 des Grundgesetzes verfassungsrechtlich gesichert. Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung sind gemäß Artikel 1 Abs. 3 des Grundgesetzes hieran als unmittelbar geltendes Recht gebunden. Eine Verletzung dieser Grundrechte kann bei den staatlichen Gerichten geltend gemacht werden.

Durch das Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts vom 18. Juni 1957 (BGBl. I S. 609) ist im Familienrecht Gleichberechtigung von Mann und Frau verwirklicht worden. Durch das Erste Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts vom 14. Juni 1976 (BGBl. I S. 1421) ist im Verhältnis der Ehegatten zueinander die Gleichwertigkeit von Kindererziehung und Haushaltsführung mit der Erwerbstätigkeit sichergestellt worden; diese Gleichwertigkeit wirkt sich beim Scheitern der Ehe im Versorgungsausgleich aus. Für das Arbeitsleben gebieten die durch das Gesetz über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz und über die Erhaltung von Ansprüchen bei Betriebsübergang (Arbeitsrechtliches EG-Anpassungsgesetz) vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1308) eingefügten Vorschriften der §§ 611 a ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches ausdrücklich die Gleichbehandlung von männlichen und weiblichen Arbeitnehmern durch den Arbeitgeber. Das in der Bundesrepublik Deutschland ausgebaute System der Arbeitsgerichtsbarkeit trägt entscheidend zur Durchsetzung der Gleichbehandlung von Mann und Frau bei. Das Schwergewicht der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts lag hier bisher bei der Durchsetzung der Lohngleichheit. Für andere Bereiche der privaten Rechtsbeziehungen gibt es keine ausdrücklichen Rechtsvorschriften bezüglich der Gleichbehandlung der Geschlechter. Jedoch sind nach Artikel 2 Buchstabe e des Übereinkommens für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau durch Privatpersonen, Organisationen und Unternehmen nicht unbedingt gesetzgeberische Maßnahmen zu ergreifen. Strafrechtliche Bestimmungen, die eine Diskriminierung der Frau darstellen, bestehen in der Bundesrepublik Deutschland nicht.

Artikel 3 enthält die Verpflichtung der Vertragsstaaten, positive Maßnahmen zur Sicherung der vollen Entfaltung und zur Förderung der Frau zu treffen. Welche Maßnahmen dies im einzelnen sind, bleibt den Vertragsstaaten überlassen. Förderungsprogramme, wie sie im Bereich der beruflichen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland in größerem Umfang zur Ausbildung von Mädchen in gewerblich-technischen Berufen durchgeführt worden sind, fallen z. B. darunter.

Nach Artikel 4 sind zeitweilige Sondermaßnahmen, die lediglich der Herbeiführung der De-facto-Gleichberechtigung dienen, nicht als Verstoß gegen das Übereinkommen anzusehen. Hierzu gehören spezielle Förderprogramme, die für Frauen notwendig sind, um ihnen z. B. bei der beruflichen Wiedereingliederung vergleichbare Möglichkeiten zu verschaffen, wie sie Männern zur Verfügung stehen. Maßnahmen dieser Art sind jedoch nach Erreichen der Ziele aufzuheben. Außerdem wird klargestellt, daß Sondermaßnahmen zum Schutz der Mutterschaft durch das Übereinkommen nicht berührt werden.

In Artikel 5 wird die Überwindung von sozialen und kulturellen Verhaltensmustern und Vorurteilen sowie die starre Rollenverteilung zwischen Mann und Frau und dabei insbesondere die Bedeutung dieses Ziels bei der Erziehung in der Familie angesprochen. Für die schulische Erziehung werden die erforderlichen Maßnahmen in Artikel 10 Buchstabe c insbesondere hinsichtlich der Lehrmittel konkretisiert.

Für den Bereich der Familie hat die Bundesrepublik Deutschland mit der Neufassung des § 1356 BGB durch das Erste Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts vom 14. Juni 1976 diesen Zielen Rechnung getragen. Mit dieser Vorschrift ist entgegen früheren starren Regelungen nicht mehr ein gesetzliches Leitbild für die Aufgabenteilung zwischen Mann und Frau in der Ehe festgelegt. Es bleibt vielmehr der Entscheidung der Ehegatten überlassen, wie sie Aufgaben in ihrer Lebensgemeinschaft verteilen. Der Vorrang des Kindeswohles ist durch die Vorschriften des bürgerlichen Rechtes über die elterliche Sorge sichergestellt. So bestimmt § 1627 BGB – nach der Neufassung durch das Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts vom 18. Juni 1957 und der Änderung durch das Gesetz zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge vom 18. Juli 1979 (BGBl. I S. 1061) –, daß die Eltern die elterliche Sorge in eigener Verantwortung und in gegenseitigem Einvernehmen zum Wohle des Kindes auszuüben haben.

Artikel 6 verpflichtet die Vertragsstaaten, den Frauenhandel und die Ausbeutung der Prostitution von Frauen zu unterbinden. Die Bundesrepublik Deutschland hat in diesem Bereich insgesamt vier internationale Übereinkommen ratifiziert. Es sind dies: Das Zusatzübereinkommen vom 7. September 1956 über die Abschaffung der Sklavenhalterei, des Sklavenhandels und sklavereiähnlicher Einrichtungen und Praktiken (BGBl. 1958 II S. 203), das Internationale Übereinkommen vom 18. Mai 1904 zur Gewährung wirksamen Schutzes gegen den Mädchenhandel in der Fassung des Änderungsprotokolls vom 4. Mai 1949 (BGBl. 1972 II S. 1478), das Internationale Übereinkommen vom 4. Mai 1910 zur Bekämpfung des Mädchenhandels in der Fassung des Änderungsprotokolls vom 4. Mai 1949 (BGBl. 1972 II S. 1482) und die Übereinkunft vom 30. September 1921 zur Unterdrückung des Frauen- und Kinderhandels in der Fassung des Änderungsprotokolls vom 12. November 1947 (BGBl. 1972 II S. 1489). Ein fünftes internationales Übereinkommen, nämlich das Übereinkommen vom 2. Dezember 1949 zur Beseitigung des Menschenhandels und der Ausbeutung von Prostitution anderer (GV-Res. 8 [XXXIII]), ist in seiner Zielsetzung von der Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich begrüßt worden. Aus rechts- und kriminalpolitischen Gründen wurde es jedoch nicht ratifiziert, weil es u. a. dazu verpflichtet hätte, jede Vermietung oder Anmietung von Räumen zum Zwecke der Prostitution bzw. das Unterhalten oder Finanzieren eines bordellartigen Betriebs unter Strafe zu stellen, und zwar auch dann, wenn die Prostituierten nicht in wirtschaftlicher oder persönlicher Abhängigkeit gehalten werden. Frauenhandel und die Ausbeutung der Prostitution von Frauen werden in der Bundesrepublik Deutschland insbesondere durch entsprechende Strafvorschriften bekämpft. Zu nennen sind hier z. B. die §§ 180 a, 181, 181 a, 237 des Strafgesetzbuches.

Teil II

Artikel 7 bezieht sich auf die Diskriminierung der Frau im politischen und öffentlichen Leben. Als Maßnahmen werden insbesondere genannt: das aktive und passive Wahlrecht, Zugang zu öffentlichen Ämtern und zur Wahrnehmung aller öffentlichen Aufgaben auf allen Ebenen staatlicher Tätigkeit sowie Betätigungsmöglichkeiten in nichtstaatlichen Organisationen und Vereinigungen.

Den Verpflichtungen aus Artikel 7 Buchstabe a und b entsprechende Verpflichtungen enthalten bereits das Übereinkommen vom 31. März 1953 über die politischen Rechte der Frau (BGBl. 1969 II S. 1929; 1970 II S. 46) sowie Artikel 25 in Verbindung mit Artikel 3 des Internationalen Pakts vom 19. Dezember 1966 über bürgerliche und politische Rechte. Die Staatenverpflichtung des Artikels 7 Buchstabe b zweiter Halbsatz – betreffend den Zugang von Frauen zu „öffentlichen Ämtern" und zur „Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben" – deckt sich mit dem wesentlichen materiellen Inhalt und auch weitgehend im Wortlaut mit Artikel III des Übereinkommens vom 31. März 1953 über die politischen Rechte der Frau.

Die Verpflichtungen aus Artikel 7 sind in der Bundesrepublik Deutschland durch Artikel 3 Abs. 2 und 3, Artikel 9 sowie Artikel 33 des Grundgesetzes in Verbindung mit dem Parteiengesetz, dem Bundeswahlgesetz bzw. den Wahlgesetzen der Länder, dem Beamtenrechtsrahmengesetz und den Beamtengesetzen des Bundes und der Länder, dem Richtergesetz und ähnlichen Gesetzen rechtlich gewährleistet.

Artikel 7 Buchstabe b läßt Raum für die Auslegung, daß damit auch „öffentliche Ämter" und die „Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben" im Bereich der Bundeswehr erfaßt sind. Daher ist es erforderlich, wegen Artikel 12 a Abs. 4 Satz 2 des Grundgesetzes einen Vorbehalt anzubringen. Die seit der Ratifizierung des Übereinkommens vom 31. März 1953 über die politischen Rechte der Frau eingetretenen wehrrechtlichen Änderungen – Einstellung weiblicher Sanitätsoffiziere – sprechen für eine Formulierung des Vorbehalts, die nicht wie im Zustimmungsgesetz zu dem Übereinkommen vom 31. März 1953 über die politischen Rechte der Frau allgemein auf „Dienstleistungen im Verband der Streitkräfte" abstellt, sondern dem verfassungsrechtlichen Verbot des Waffendienstes für Frauen entspricht. Es ist daher beabsichtigt, bei der Ratifizierung des Übereinkommens den folgenden Vorbehalt zu erklären (vgl. Artikel 1 des Vertragsgesetzes):

„Artikel 7 Buchstabe b wird nicht angewandt, soweit Art. 12 a Abs. 4 Satz 2 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland entgegensteht. Gemäß dieser Verfassungsbestimmung dürfen Frauen auf keinen Fall Dienst mit der Waffe leisten."

Nach Artikel 8 sollen den Frauen die gleichen Vertretungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten wie den Männern auf internationaler Ebene gewährt werden. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es keine rechtlichen Hindernisse für die genannte Mitarbeit von Frauen im internationalen Bereich.

Artikel 9 Abs. 1 bezieht sich auf die Gleichbehandlung von Männern und Frauen bei Erwerb, Verlust (Wechsel) oder Beibehaltung der Staatsangehörigkeit; weder die Eheschließung mit einem Ausländer noch der Wechsel der Staatsangehörigkeit durch den Ehemann dürfen der Ehefrau die eigene Staatsangehörigkeit nehmen oder ihr die Staatsangehörigkeit des Ehemannes aufzwingen. Entsprechende völkerrechtliche Verpflichtungen hat die Bundesrepublik Deutschland bereits mit dem Übereinkommen der Vereinten Nationen vom 20. Februar 1957 über die Staatsangehörigkeit verheirateter Frauen (BGBl. 1973 II S. 1249) übernommen. Dieser Grundsatz ist durch die Einfügung des § 9 in das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz durch das Gesetz vom 8. September 1969 (BGBl. I S. 1581) innerstaatlich umgesetzt.

Nach Artikel 9 Abs. 2 sind bezüglich der Staatsangehörigkeit der Kinder Müttern die gleichen Rechte wie Vätern einzuräumen. Beim Geburtserwerb der Staatsangehörigkeit durch eheliche Kinder unterscheidet das innerstaatliche Recht nicht danach, ob das Kind von einem deutschen Vater oder einer deutschen Mutter abstammt – § 4 Abs. 1 Nr. 1 Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz. Für nichteheliche Kinder ist der gesetzliche Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt jedoch auf Kinder deutscher Mütter beschränkt – § 4 Abs. 1 Nr. 2 Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz; nichteheliche Kinder deutscher Väter haben einen Einbürgerungsanspruch, wenn die Vaterschaft festgestellt ist und eine Aufenthaltsbindung des Kindes an das Inland besteht. Die geltende Regelung des innerstaatlichen Rechts verstößt nicht gegen das Benachteili-

gungsverbot des Übereinkommens; sie kann deshalb unverändert beibehalten werden.

Teil III

In Artikel 10 übernehmen die Vertragsstaaten die Verpflichtung, im Bildungsbereich die Gleichberechtigung durchzusetzen. Mit dem Übereinkommen gegen die Diskriminierung im Unterichtswesen vom 15. Dezember 1960, dem der Deutsche Bundestag durch Gesetz vom 9. Mai 1968 (BGBl. II S. 385) zugestimmt hat, ergeben sich dabei Berührungspunkte. Der Begriff der Diskriminierung umfaßt nach der Definition in Artikel 1 dieses Übereinkommens unter anderem „jegliche auf ... dem Geschlecht beruhende Unterscheidung, Ausschließung, Beschränkung oder Bevorzugung, die den Zweck oder die Wirkung hat, die Gleichbehandlung auf dem Gebiet des Unterrichtswesens aufzuheben oder zu beeinträchtigen ...". Die Vertragsstaaten haben sich dabei insbesondere verpflichtet, für Schülerinnen und Schüler Chancengleichheit, Gleichbehandlung sowie gleiche Zugangsmöglichkeiten zu allen Schulen und Hochschulen sicherzustellen.

Im Hinblick auf die in Artikel 10 genannten Verpflichtungen gibt es zwischen Männern und Frauen in der Bundesrepublik Deutschland keine Unterschiede. Die mit Artikel 10 Buchstabe c geforderte Beseitigung von stereotypen Rollenauffassungen in Lehrbüchern, Lehrplänen und Lehrmethoden ist eine ständige Aufgabe; entsprechende Veränderungsprozesse sind im Gange.

Bund und Länder fördern darüber hinaus Programme, die zum Ziel haben, die tatsächliche Beteiligung von Frauen in der beruflichen Bildung zu steigern.

Das in Artikel 11 Abs. 1 Buchstabe a besonders hervorgehobene Recht auf Arbeit als unveräußerliches Recht jedes Menschen knüpft an frühere völkerrechtliche Gewährleistungen dieses Rechts insbesondere in Artikel 6 des Internationalen Pakts vom 19. Dezember 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie in Artikel 1 der Europäischen Sozialcharta vom 18. Oktober 1961 (BGBl. 1964 II S. 1261) an. Es verpflichtet die Vertragsstaaten zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik. Entsprechende konkretere Bestimmungen enthält Artikel 6 Abs. 1 und 2 des Internationalen Pakts vom 19. Dezember 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.

Das in Artikel 11 Abs. 1 Buchstabe c angesprochene Recht auf beruflichen Aufstieg ist ebenfalls bereits in Artikel 7 Buchstabe c des Internationalen Pakts vom 19. Dezember 1966 über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte enthalten. Entsprechend den Ausführungen zum Recht auf Arbeit ist auch unter diesem Recht auf beruflichen Aufstieg die Verpflichtung der Vertragsstaaten zu verstehen, Bedingungen zu schaffen, unter denen Frauen gleichberechtigt mit Männern die Chance des beruflichen Aufstiegs erhalten.

Bezüglich der Gleichberechtigung im Arbeitsleben hat die Bundesrepublik die Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation Nr. 100 über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit (BGBl. 1956 II S. 23) und Nr. 111 über die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf (BGBl. 1961 II S. 97) ratifiziert.

Die Bundesregierung betrachtet Arbeitsschutzbestimmungen, die dem Gesundheitsschutz der Frau Rechnung tragen, nicht als diskriminierend im Sinne des Artikels 11 Abs. 1 Buchstabe c des Übereinkommens, auch wenn es sich dabei nicht um Sondermaßnahmen im Sinne des Artikels 4 Abs. 2 des Übereinkommens zum Schutze der Mutterschaft handelt. Solche Arbeitsschutzbestimmungen befinden sich z. B. in der Arbeitsstoffverordnung, die zum Schutz des werdenden Lebens Arbeitnehmerinnen, die gebärfähig sind, eine Beschäftigung mit Arbeiten verbietet, bei denen sie der Einwirkung von bleihaltigen Stoffen ausgesetzt sind. Dies gilt aber auch für die §§ 92 und 93 des Seemannsgesetzes, die einerseits festlegen, daß weibliche Besatzungsmitglieder nicht mit Arbeiten beschäftigt werden dürfen, die ihre körperlichen Kräfte übersteigen, andererseits besondere Ruhepausen und eine besondere Freizeit der weiblichen Besatzungsmitglieder regeln. Sämtliche noch bestehenden Arbeitsschutzvorschriften für Frauen werden zur Zeit auf eventuelle Diskriminierungen hin mit dem Ziel einer Anpassung an die heutigen Verhältnisse überprüft. Dies entspricht der Verpflichtung der Vertragsstaaten, besondere Schutzgesetze für Frauen in regelmäßigen Abständen anhand der wissenschaftlichen und technischen Erkenntnisse zu überprüfen und die erforderlichen Folgerungen daraus zu ziehen.

Dasselbe gilt für Vorschriften im Bereich der Binnenschiffahrt, die Sonderregelungen für Frauen enthalten.

Artikel 11 Abs. 1 Buchstabe e fordert die Gleichbehandlung von Mann und Frau im Bereich der sozialen Sicherheit. Wie alle anderen Rechtsbereiche steht auch die soziale Sicherheit unter dem Gleichheitsgebot von Artikel 3 Abs. 2 und 3 des Grundgesetzes. Soweit das Rentenrecht bisher unterschiedliche Tabellenwerte für Männer und Frauen zur Bewertung der ersten fünf Berufsjahre und bestimmter beitragsloser Zeiten der Ausbildung enthielt, sind diese inzwischen durch Gesetz (BGBl. 1982 I S. 1857; 1983 I S. 311) beseitigt worden.

Die Bundesregierung betrachtet die Berücksichtigung des Familienstandes und darauf beruhender Unterhaltsverpflichtungen bei der Sozialauswahl nach § 1 Abs. 3 Satz 1 Kündigungsschutzgesetz nicht als eine Diskriminierung auf Grund des Familienstandes bei der Entlassung i. S. des Artikels 11 Abs. 2 Buchstabe a des Übereinkommens.

Das in Artikel 11 Abs. 2 Buchstabe a geforderte – mit der Androhung von Sanktionen verbundene – Verbot der Entlassung wegen Schwangerschaft oder Mutterschaftsurlaub ist im Mutterschutzgesetz in der Fassung vom 18. April 1968 (BGBl. I S. 315), zuletzt geändert durch das Kostendämpfungs-Ergänzungsgesetz vom 22. Dezember 1981 (BGBl. I S. 1578), enthalten. Danach sind Entlassungen wegen Schwangerschaft oder Mutterschaftsurlaub gemäß § 134 BGB nichtig.

Hierdurch werden die betreffenden Frauen wirksam geschützt.

Mit den aufgeführten Einschränkungen sind die Verpflichtungen des Artikels II für die Bundesrepublik Deutschland bereits jetzt eine Richtschnur des Handelns. Für den Bereich des Arbeitsvertragsrechts ist das Gebot der Gleichbehandlung von Mann und Frau durch die Einführung der §§ 611 a ff. BGB durch das

Gesetz über die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz und über die Erhaltung von Ansprüchen bei Betriebsübergang (Arbeitsrechtliches EG-Anpassungsgesetz) vom 13. August 1980 (BGBl. I S. 1308) konkretisiert und die Gleichberechtigung durch arbeitsrechtliche Regelung ausgebaut worden. Kernpunkte dieses Gesetzes sind:

- Dem Arbeitgeber ist verboten, Arbeitnehmer wegen ihres Geschlechts zu benachteiligen. Das Gebot erfaßt den Gesamtbereich des Arbeitsverhältnisses, von der Einstellung über die Durchführung des Arbeitsverhältnisses bis zur Kündigung.
- Für gleiche oder gleichwertige Arbeit darf wegen des Geschlechts kein geringerer Lohn gezahlt werden. Wegen des Geschlechts des Arbeitnehmers bestehende Schutzvorschriften (z. B. Mutterschutzgesetz) rechtfertigen nicht die Vereinbarung einer geringeren Vergütung.
- Verstößt der Arbeitgeber gegen das Benachteiligungsverbot, so hat der Arbeitnehmer Anspruch auf Beseitigung der Benachteiligung oder auf Schadensersatz. Bei unterbliebener Einstellung oder Beförderung, auf die ein Anspruch nicht bestand, ist der Vertrauensschaden zu ersetzen.
- Zur Beweislast im Streitfall vor einem Gericht für Arbeitssachen sieht das Gesetz vor: Macht ein Arbeitnehmer Tatsachen glaubhaft, die eine Benachteiligung wegen des Geschlechts vermuten lassen, so trägt der Arbeitgeber die Beweislast dafür, daß nicht geschlechtsbezogene, sondern sachliche Gründe eine unterschiedliche Behandlung rechtfertigen.
- Ein Maßregelungsverbot untersagt jede Kündigung oder sonstige Benachteiligung des Arbeitnehmers wegen der Wahrnehmung seiner Rechte.
- Der Arbeitgeber soll freie Stellen weder öffentlich noch innerhalb des Betriebes nur für Männer oder nur für Frauen ausschreiben.
- Der Arbeitgeber soll die Gleichbehandlungsvorschriften im Betrieb zur Einsicht auslegen oder aushängen.

In diesen Zusammenhang gehört auch § 75 Betriebsverfassungsgesetz. Danach haben Arbeitgeber und Betriebsrat die gesetzliche Pflicht, darüber zu wachen, daß alle im Betrieb tätigen Personen nach den Grundsätzen von Recht und Billigkeit behandelt werden, insbesondere daß jede unterschiedliche Behandlung von Personen wegen ihres Geschlechts unterbleibt. Diese Verpflichtung hat auch zum Inhalt, daß der Betriebsrat sich bei der Wahrnehmung seiner gesetzlichen Beteiligungsrechte aktiv für die Durchsetzung des Gleichberechtigungsgebotes einsetzen muß. Das gilt insbesondere im personellen Bereich, z. B. bei der betrieblichen Personalplanung oder bei personellen Einzelmaßnahmen. Nach § 80 Abs. 1 Nr. 1 Betriebsverfassungsgesetz hat der Betriebsrat darüber zu wachen, daß die zugunsten der Arbeitnehmer geltenden Gesetze, Verordnungen, Unfallverhütungsvorschriften, Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen durchgeführt werden. Zu den „Gesetzen" im Sinne dieser Bestimmung gehört unter anderem auch § 75 Betriebsverfassungsgesetz. Zur praktischen Verwirklichung der Gleichberechtigung und zu Fördermaßnahmen für Frauen mit dem Ziel, einen allmählichen Anstieg des Frauenanteils in Bereichen und Ebenen zu erreichen, in denen Frauen bisher wenig vertreten sind, wird auf den Bericht der Bundesregierung über die Erfahrungen mit dem die Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz betreffenden Teil des Arbeitsrechtlichen EG-Anpassungsgesetzes (BT-Drucks. 10/14) hingewiesen. Insgesamt nimmt die Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich einen guten Platz bei der Verwirklichung der Gleichberechtigung im Arbeitsleben ein.

In Artikel 12 sind die Maßnahmen zur Sicherung des gleichen Zugangs zu den Gesundheitsdiensten angesprochen. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, für angemessene und erforderlichenfalls unentgeltliche Betreuung der Frau während Schwangerschaft, Entbindung und Stillzeit zu sorgen.

Auf Grund von Artikel 12 sind in der Bundesrepublik Deutschland keine Initiativen zu ergreifen.

In Artikel 13 ist die Verpflichtung zur Beseitigung von Diskriminierungen der Frau in anderen Bereichen des wirtschaftlichen und sozialen Lebens normiert: Recht auf Familienbeihilfen, Recht zur Kreditaufnahme wie für Männer, Recht auf Teilnahme an Freizeit, Sport und kulturellem Leben.

Die rechtlichen Voraussetzungen für die Inanspruchnahme der in Artikel 13 genannten Rechte sind in der Bundesrepublik Deutschland erfüllt.

In Artikel 14 ist die Berücksichtigung der besonderen Probleme der Frau auf dem Lande gefordert. Die Bestimmung betrifft vor allem die Probleme der Frauen in der Dritten Welt. Verpflichtungen für die Bundesrepublik Deutschland ergeben sich nicht.

Teil IV

In Artikel 15 werden einzelne juristische Konsequenzen der Gleichberechtigung von Mann und Frau gesondert aufgeführt. Die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland räumt den Frauen bereits sämtliche der in Artikel 15 genannten Rechte ein. Die Verpflichtungen des Artikels 15 sind daher voll erfüllt.

Artikel 16 befaßt sich im einzelnen mit Maßnahmen zur Beseitigung der Diskriminierung der Frau in Ehe und Familie.

Die hinsichtlich der Eheschließung genannten Verpflichtungen in Artikel 16 Abs. 1 Buchstabe b, Abs. 2 2. Halbsatz, sind bereits in dem Übereinkommen vom 10. Dezember 1962 über die Erklärung des Ehewillens, das Heiratsmindestalter und die Registrierung von Eheschließungen (BGBl. 1969 II S. 161) enthalten. Das Eheschließungsrecht in der Bundesrepublik Deutschland trägt dem letzteren Übereinkommen voll Rechnung. Auch in allen übrigen Punkten entspricht die Rechtsstellung der Frauen den in Artikel 16 genannten Anforderungen. Es besteht daher kein Anlaß für etwaige Rechtsänderungen.

Teil V

Gemäß Artikel 17 Abs. 1 ist zur Prüfung der Fortschritte bei der Durchführung des Übereinkommens ein Ausschuß gebildet worden. Er besteht seit der Ratifika-

tion bzw. dem Beitritt des 35. Vertragsstaates aus 23 Sachverständigen, die am 16. April 1982 gewählt worden sind. Die Mitglieder werden zur Zeit von folgenden Staaten gestellt: Ägypten, Bulgarien, China, Deutsche Demokratische Republik, Ecuador, Guyana, Jugoslawien, Kanada, Kuba, Mexiko, Mongolei, Norwegen, Panama, Philippinen, Polen, Portugal, Ruanda, Schweden, Sri Lanka, Sowjetunion, Ungarn, Uruguay, Vietnam.

In Artikel 18 ist die Berichtspflicht der Vertragsstaaten gegenüber dem Generalsekretär der Vereinten Nationen bestimmt: zunächst ein Jahr nach Inkrafttreten des Übereinkommens für den betreffenden Staat und danach mindestens alle vier Jahre bzw. so oft es der Ausschuß verlangt.

In Artikel 19 bis 22 sind Sitzungsrhythmus, -dauer und -ort sowie die Berichterstattung des Ausschusses über den Wirtschafts- und Sozialrat an die Generalversammlung und die Beteiligung der Frauenrechtskommission geregelt. Der Ausschuß ist danach berechtigt, auf Grund der Prüfung der von den Vertragsstaaten eingegangenen Berichte und Auskünfte Vorschläge zu machen und allgemeine Empfehlungen abzugeben. Diese werden zusammen mit den etwaigen Stellungnahmen der Vertragsstaaten der Generalversammlung übermittelt.

Das Berichts- und Überwachungssystem lehnt sich damit an dasjenige zum Internationalen Pakt vom 19. Dezember 1966 über bürgerliche und politische Rechte an.

Teil VI

Artikel 23 enthält die auch in anderen menschenrechtlichen Konventionen (Artikel 5 Abs. 2 des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte; Artikel 5 Abs. 2 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte; Artikel 60 der Europäischen Menschenrechtskonvention) übliche Auslegungsregel, nach der günstigere andere Vorschriften unberührt bleiben.

Die Artikel 24 bis 30 enthalten die üblichen Schlußbestimmungen internationaler Übereinkommen.

Von der in Artikel 29 Abs. 2 eingeräumten Möglichkeit, einen Vorbehalt gegen die Unterwerfung unter das Schiedsverfahren und die internationale Gerichtsbarkeit anzubringen, haben die in der Anlage zur Denkschrift genannten Staaten Gebrauch gemacht.

Anlage zur Denkschrift

Anläßlich der Ratifizierung oder des Beitritts haben folgende Staaten die nachstehenden Vorbehalte eingelegt bzw. Erklärungen abgegeben:

Ägypten:

Zu Artikel 9

„Vorbehalt zu Artikel 9 Absatz 2, der Frauen die gleichen Rechte wie Männern im Hinblick auf die Staatsangehörigkeit ihrer Kinder gewährt. Der Erwerb der Staatsangehörigkeit des Vaters durch das ehelich geborene Kind darf hierdurch nicht berührt werden. Damit soll verhindert werden, daß das Kind zwei Staatsangehörigkeiten annimmt, wenn seine Eltern verschiedene Staatsangehörigkeiten haben, und daß dadurch seine Zukunft gefährdet wird. Außerdem ist es, ohne den Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau anzutasten, sicherlich sinnvoller, wenn das Kind die Staatsangehörigkeit seines Vaters annimmt, da es Brauch ist, daß eine Frau, die einen Ausländer heiratet, einverstanden ist, daß ihre Kinder die Staatsangehörigkeit ihres Vaters annehmen."

Zu Artikel 16

„Vorbehalt zu Artikel 16 über die Gleichberechtigung von Mann und Frau in allen Ehe- und Familienfragen, in der Ehe und bei deren Auflösung, der den Bestimmungen der islamischen Charia nicht entgegenstehen darf, welche der Ehefrau die gleichen Rechte wie dem Ehemann einräumt, um ein gerechtes Gleichgewicht zwischen ihnen sicherzustellen. Dies ist Ausdruck der Achtung der heiligen Werte der Ehe- und Familienbande in Ägypten, die in einem tiefverwurzelten religiösen Glauben begründet liegen und gegen die nicht verstoßen werden darf, sowie der Tatsache, daß das tragende Prinzip dieser Beziehung gleiche Rechte und gleiche Pflichten im Sinne einer gegenseitigen Ergänzung sind, die eine echte Gleichberechtigung zwischen beiden Ehegatten gewährleisten und nicht nur eine Schein-Gleichberechtigung, die die Ehe zur Belastung für die Frau macht. Nach den Bestimmungen der islamischen Charia ist der Mann verpflichtet, der Ehefrau eine angemessene Aussteuer zu geben, voll für ihren Lebensunterhalt aufzukommen und ihr im Scheidungsfall eine Zahlung zu leisten, während die Frau volles Verfügungsrecht über ihr Vermögen hat und nicht zu ihrem eigenen Lebensunterhalt darauf zurückzugreifen braucht. Aus diesem Grund gesteht die islamische Charia der Frau die Scheidung nur auf Gerichtsbeschluß zu, wohingegen dem Mann diese Auflage nicht gemacht wird."

Zu Artikel 29

Vorbehalt gemäß Artikel 29 Absatz 2 des Übereinkommens, daß Artikel 29 Absatz 1 nicht als bindend angesehen wird.

Allgemeiner Vorbehalt zu Artikel 2

„Die Arabische Republik Ägypten ist bereit, dem Inhalt dieses Artikels zu entsprechen, sofern er den Bestimmungen der islamischen Charia nicht entgegensteht."

Kanada:

Die Regierung Kanadas erklärt, daß sich die zuständigen Gesetzgebungsorgane Kanadas das in Artikel 11 (1) (d) erwähnte Konzept der gesetzlich gleichen Bezahlung zu eigen gemacht haben, wodurch die Einführung von Gehaltssätzen ohne Unterscheidung auf Grund des Geschlechts bedingt ist. Die zuständigen legislativen Organe Kanadas werden weiterhin das Ziel und den Zweck von Artikel 11 (1) (d) durchsetzen und haben in dieser Absicht zusätzliche Gesetzes- und sonstige Maßnahmen entwickelt und werden sie ggf. weiter entwickeln.

Österreich:

Österreich behält sich das Recht vor, Artikel 7 lit. b in bezug auf militärische Dienstleistungen und Artikel 11 in bezug auf das Verbot der Nachtarbeit von Frauen und den besonderen Arbeitnehmerschutz von Frauen im Rahmen der in der innerstaatlichen Gesetzgebung vorgesehenen Beschränkungen anzuwenden.

Die folgenden Staaten haben einen Vorbehalt gemäß Artikel 29 Abs. 2 des Übereinkommens erklärt, daß Artikel 29 Abs. 1 nicht als bindend angesehen wird:

Bulgarien
China
Deutsche Demokratische Republik
El Salvador
Kuba
Mongolei
Polen
Rumänien
Sowjetunion
Tschechoslowakei
Ukrainische SSR
Ungarn
Vietnam
Weissrussische SSR.

Anlage 2

Stellungnahme des Bundesrates zum Gesetzentwurf

Der Bundesrat ist der Auffassung, daß für das vorliegende Vertragsgesetz eine Gesetzgebungskompetenz des Bundes insoweit nicht gegeben ist, als das Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 (z.B. in Artikel 3, Artikel 5 Buchstabe a, Artikel 10 Buchstaben a bis e, Artikel 13 Buchstabe c, Artikel 14 Abs. 2 Buchstabe d) Regelungen enthält, die sich auf den Kultusbereich (z. B. kulturelle Betätigung, Zulassung zu Schulen aller Stufen, Überarbeitung von Lehrplänen und Lehrmethoden) beziehen.

Der Bundesrat weist deshalb darauf hin, daß nach Ziffer 3 der Lindauer Vereinbarung vor einer Ratifikation des Übereinkommens das Einverständnis der Länder vorliegen muß.

Anlage 3

Gegenäußerung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates

Das Verfahren zur Erteilung des Einverständnisses der Länder nach Ziffer 3 der Lindauer Absprache ist eingeleitet. Die Ständige Vertragskommission der Länder hat den Landesregierungen empfohlen, die Zustimmung zu dem Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau zu erklären.

Druck: Bundesdruckerei Zweigbetrieb Bonn (411414 2. 84)
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333